

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

## Uebersicht.

**Deutschland.** Auszug aus dem Protokolle der 29. Sitzung der Bundesversammlung. — Aufruf des Fünzigerausschusses an das deutsche Volk. Leipzig. Die Polen. Leipzig. Der akademische Senat. Der Handelsvorstand. O Ehemnitz. Die Deputation nach Dresden. Waldenburg. Die Truppen. München. Die Stände. Hannover. Die Adresse. Aus Baden. Verhaftung Fickler's. Abg. v. Soiron Präsident des Justizministeriums. Karlsruhe. Die Kammer. Donaueschingen. Aufregung im Saecreife. Mainz. Verhaftungen. Braunschweig. Die Stände. Frankfurt a. M. Die gesetzgebende Versammlung.

**Preußen.** Berlin. Landtag. Berlin. Die Wahlen zum deutschen Parlament. Die Gewaltthätigkeiten der polnischen Bevölkerung. Die Freigebung der Advocatur. Hr. v. Rönne. Hr. v. Meyher. \* Posen. Die Proclamation des Generals v. Willisen. Die Deutschen. Bekanntmachung. Die Polen. \* Bromberg. Schreiben des polnischen Nationalcomité an das Oberlandesgericht. Koblenz. Unruhen in Braunsfels.

**Oesterreich.** Wien. Die Polen. Die Sendung nach Italien. † Grätz. Volksumulte. Aukstein. Freilassung politischer Gefangener. — Presburg. Die Deputirtentafel. Kossuth. Die Robothen.

**Handel und Industrie.**  
**Ankündigungen.**

## Deutschland.

Auszug aus dem Protokoll der 29. Sitzung der Bundesversammlung zu Frankfurt a. M. am 7. April 1848. Der Ausschuss für Revision der Bundesverfassung erstattet nachstehenden Vortrag: Wenn der Revisionsausschuss sich heute in der Lage befindet, bei hoher Bundesversammlung auf Abänderung des in der Sitzung am 30. März auf seinen Antrag gefassten, immittels schon von Bundesregierungen gefassten Vorlagen zu Grunde gelegten Beschlusses anzutragen, so hält er sich verpflichtet, zuvörderst sowohl auf die der Entstehung jenes Beschlusses vorausgegangenen, als auf die seit dessen Erlassung stattgehabten Verhandlungen und eingetretenen Verhältnisse zurückzugehen. Nachdem die Bundesversammlung erkannt hatte, daß dem dringenden Verlangen nach Einigung aller nationalen Kräfte ohne Zeitverlust ein legaler Anhaltspunkt gegeben werden müsse, und daß dieser Anhaltspunkt zunächst in der Bundesversammlung, als dem gemeinschaftlichen Centralorgan aller deutschen Regierungen zu finden sei, hat sie in ihrem öffentlichen Aufrufe vom 1. März d. J. ausgesprochen, wie sie Alles aufbieten werde, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach außen, sowie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen, auch sofort durch Beschluß vom 3. März die Aufhebung der Censur und Einführung der Pressfreiheit in allen Bundesstaaten ermöglicht. Zugleich hat sie nach gewissenhafter Erforschung der in der bestehenden Verfassung und in der, der öffentlichen Meinung widerstrebenden Fortbildung des Deutschen Bundes liegenden Gründe, wonach eine gezielte Wirksamkeit der Bundesversammlung seit einer Reihe von Jahren mehr und mehr gelähmt und unmöglich gemacht worden war, den deutschen Regierungen gegenüber die Ueberzeugung ausgesprochen, daß eine Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage nothwendig sei. Sie ist sodann sofort in die Berathung der Frage eingetreten, über die Art und Weise, wie diese Revision auf eine der öffentlichen Meinung gebührende Rechnung tragende, das allgemeine Vertrauen verdienende Weise anzubahnen sei.

Zu der Ueberzeugung gelangt, daß die dem engern Rathe der Bundesversammlung nach Art. VII. der Bundesacte obliegende Vorbereitung einer solchen Revision der Bundesverfassung auf der bezeichneten Grundlage nicht mit Erfolg vorgenommen werden könne, wenn ihr nicht unverzüglich Männer, die das allgemeine Vertrauen genießen, zum Beirathe beigegeben werden, hat sie schon unterm 10. März d. J. beschlossen, sämtliche deutsche Regierungen aufzufodern, Männer des allgemeinen Vertrauens, und zwar für jede der 17 Stimmen des engern Rathes einen, alsbald, spätestens bis Ende des Monats März, mit dem Auftrage hierher abzuordnen, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen mit gutachtlichem Beirath an die Hand zu gehen. Umstände, deren Beseitigung außerhalb der Grenzen ihrer Macht lagen, haben die vollständige Ausführung dieses Beschlusses bis zu dem Zeitpunkte verzögert, wo in Folge der bekannten Aufforderung deutscher Patrioten der Zusammentritt von Abgeordneten deutscher Ständeversammlungen zur Berathung über die Gründung eines deutschen Parlaments dahier nahe bevorstand. Der Zustimmung der deutschen Regierungen zur Berufung einer deutschen Nationalvertretung immittels verfehlt, glaubte sie nicht zögern zu dürfen, den ersten Willen zu bethätigen, die Organisationsarbeiten möglichst zu beschleunigen. Sie hat daher nicht nur die anher abgeordneten Männer des allgemeinen Vertrauens \*)

\*) Es sind dies, insofern sie bereits anwesend sind: Für Preußen Dahlmann; für Baiern Kirchgesser; für das Königreich Sachsen Todt;

ersucht, den Entwurf einer neuen Bundesverfassung aufzustellen und so die Initiative mit vollem Vertrauen in die Hände dieser Männer gelegt, sondern sie hat auch zu weiterer Förderung und Beschleunigung dieser wichtigen Angelegenheit, und von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die freie Zustimmung des deutschen Volkes wesentlich erforderlich sei, den Weg als den einzig rathsamen, ja als den einzig zulässigen bezeichnet, daß der von der Bundesversammlung und ihrem Beirath ausgehende Entwurf einer neuen Bundesverfassung einer aus allen Bundesstaaten gewählten constituirenden Volksversammlung zur Annahme vorgelegt werde.

Diese ihre Gründe hat sie in dem Protokolle vom 30. März niedergelegt und auf dieselben den damals veröffentlichten Beschluß folgenden Inhalts erlassen: „Zu beschleunigter Entwerfung der Grundlagen einer neuen Bundesverfassung hat die Bundesversammlung mit einleitenden Arbeiten zu diesem Zweck unter Zuziehung von Männern des öffentlichen Vertrauens bereits begonnen. Zu weiterer Förderung dieser wichtigen Angelegenheit beschließt dieselbe, die Bundesregierungen aufzufodern, in ihren sämtlichen, dem deutschen Staatensystem angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung an einem schleunigst festzustellenden, möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Da der Drang der Umstände die einstweilige Annahme eines bestimmten Maßstabs der Bevölkerung, nach welchem die gedachten Volksvertreter in jedem Bundesstaate zu erwählen sind, erforderlich macht, so erscheint es zweckmäßig, in Bezug auf die bisherigen Bestandtheile des Bundes, das bestehende Bundesmunicipalverhältniß dabei zum Grunde zu legen, und die Aufforderung dahin zu richten, daß auf 70,000 Seelen der Bevölkerung jedes Bundesstaats ein Vertreter zu wählen, auch denjenigen Staaten, deren Bevölkerung nicht 70,000 Seelen beträgt, die Wahl eines Vertreters zuzugestehen.“ Insofern hatte die Bundesversammlung die in ihrer Erklärung vom 1. März gegebene Zusicherung, für Förderung des nationalen Lebens sorgen zu wollen, bewahrt, als die Versammlung von Abgeordneten zur Gründung eines deutschen Nationalparlaments am 31. März dahier zusammentrat. Von dieser Versammlung sind mehrere Wünsche und Ansichten hinsichtlich der einzuberufenden, constituirenden Versammlung ausgesprochen worden, und namentlich hat dieselbe das Verhältniß von Einem Abgeordneten auf 70,000 Einwohner nicht für das richtige erkannt, vielmehr gewünscht, es möge dafür 1 auf 50,000 angenommen werden. Man ist hierbei wol von der Ansicht ausgegangen, daß die Vertretung um so vollständiger sei, je mehr Einfluss die Stimme des Einzelnen auf die Wahl der Vertreter habe. Da ja überhaupt jede Vertretung nur ein Auskunftsmitel ist, geboten durch die Unmöglichkeit, den Volkswillen in anderer Art zu ermitteln, so wünscht man, dieses Auskunftsmitel so wenig wie möglich auszudehnen, das heißt, man wünscht eine möglichst zahlreiche Vertretung.

Im Allgemeinen nun hat man, wenn man darüber entscheiden soll, wie zahlreich eine constituirende Versammlung sein soll, dies aus dem Gesichtspunkte der Einzelstaaten und aus dem der Gesamtheit zu beurtheilen, muß sich aber im voraus zugestehen, daß die Wichtigkeit eines anzunehmenden Verhältnisses nie zu beweisen ist, vielmehr immer Sache der individuellen Meinung bleibt, die sich aber auch erst nach dem Erfolge mit Sicherheit fassen läßt. Den einzelnen Bundesstaaten und besonders den kleineren muß es aber erwünscht sein, wenn die Interessen des Staats und der Bevölkerung von mehreren Personen vertreten werden; sie können dann sicherer sein, daß dies in ausreichender Weise geschieht; der Gesamtheit aber kann es nur darauf ankommen, daß die constituirende Versammlung einmal zahlreich genug sei, um keinem fremden Einflusse zugänglich zu sein, dann aber, daß sie nicht so übermäßig groß sei, daß eine geordnete ruhige Berathung und sichere Beschlussfassung unmöglich oder doch äußerst schwierig werde. Der Ausschuss muß also bekennen, daß er weder behaupten kann, daß das Verhältniß von 1—70,000, noch das von 1—50,000 das wirklich richtige sei. Nichtsdestoweniger muß er sich aber bei der Lage der Sache für das Letztere aussprechen, und zwar aus folgenden Gründen. Es dürfte schon aus dem oben Gesagten hervorgehen, daß man auf diesen, einer so verschiedenartigen Beurtheilung unterworfenen Punkt überhaupt kein entschiedenes Gewicht zu legen habe. Gern aber werden die höchsten Bundesregierungen geneigt sein, in allen Stücken, wo kein offener Nachtheil zu besorgen ist, der öffentlichen Stimme zu entsprechen. Als hohe Bundesversammlung den Beschluß vom 30. v. M. fasste, glaubte sie dies zu thun, indem sie das Verhältniß von 1—70,000 annahm; nun aber hat eine zahlreiche Versammlung von Männern, die die Absicht hatte, die öffentliche Meinung auszusprechen, ein Verhältniß von 1—50,000 für entsprechend für Hannover Wangenheim; für Württemberg Uhlant; für Baden Wassermann; für Kurhessen Jordan; für das Großherzogthum Hessen Langen; für Holstein Droyen; für Luxemburg Willmar; für die sächsischen Häuser v. d. Sabelenz; für Braunschweig und Nassau M. v. Sager; für Mecklenburg Stewer; für die 15. Stimme Albrecht; für die 16. Stimme Saup; für die freien Städte Gervinus.

chender erklärt, und die hoher Bundesversammlung beigeordneten Männer des allgemeinen Vertrauens theilen diese Meinung.

Mag nun aber die konstituierende Versammlung nach dem einen oder dem andern Ratstabe gewählt werden, so wird sie immer so zahlreich sein, daß die Berathung und Beschlussfassung Schwierigkeiten darbieten wird. Diese werden kaum bedeutend geringer sein, wenn die Zahl um  $\frac{2}{3}$  kleiner ist, und können auch dann nur durch den vorauszufehenden ersten Willen und durch kräftige und geschickte Leitung gehoben werden. Viel wird durch eine zweckmäßige Organisation des Geschäftsbetriebs, Ernennung von Ausschüssen, Theilung in Comités u. geschehen können; mit Zuversicht darf man aber hoffen, daß, wenn irgend eine so zahlreiche Volkstammer ihrem Zwecke entsprechen kann, einer deutschen dies eher als der einer andern Nation gelingen wird, und namentlich jetzt, wo die Nothwendigkeit der Einigkeit gewiß von der überwiegenden Mehrzahl gefühlt werden wird. Vergessen darf man auch nicht, daß es sich nur um die konstituierende Versammlung, nicht um die künftige Vertretung des Volkes handelt; ein Nachtheil, sollte er sich zeigen, wird also ein vorübergehender sein; die Erfahrungen, welche man macht, werden nicht verloren sein, sie können nicht ohne Einfluß auf die Bestimmung der Größe der künftigen Volkstammer bleiben. Endlich aber, und dies scheint der wichtigste Grund, ist es leicht möglich, daß in Folge der Beschlüsse der gedachten freien Versammlung und überhaupt des sich kund gegebenden, wol ziemlich allgemeinen Wunsches, schon in einigen Staaten Wahlen für die konstituierende Versammlung in dem Verhältnisse von 1—50,000 eingeleitet worden wären, oder daß sie wenigstens in diesem Verhältnisse veranstaltet würden, wenn die Bundesversammlung nicht ausdrücklich auf ihrem frühern Beschlusse beharrt. Hierdurch aber würde große Verwirrung entstehen, denn das erste Erforderniß einer wahren Vertretung ist die Gleichförmigkeit in Beziehung auf das numerische Verhältniß der Gewählten zu der wählenden Bevölkerung. Der Ausschuss glaubt, in Erwägung dieser Gründe hoher Bundesversammlung vorzuschlagen zu müssen, den Bundesbeschluss vom 30. März so zu modificiren, daß die höchsten Bundesregierungen aufgefodert würden, unter Zugrundelegung der Bundesmatrikel auf je 50,000 Einwohner Einen Abgeordneten wählen zu lassen.

Hiernächst hat der Ausschuss sich für verpflichtet gehalten, in Erwägung zu ziehen, inwieweit den übrigen in der hier abgehaltenen freien Versammlung ausgesprochenen Wünschen in Beziehung auf Wahlprincipien und Wahlqualifikation, wie sie von dem Präsidenten dieser Versammlung am 2. April dem hohen Bundespräsidium mitgetheilt worden sind, zu entsprechen sei. Er hat sich hierüber im Einvernehmen mit den hoher Bundesversammlung beigeordneten Männern des öffentlichen Vertrauens gesetzt und deren Gutachten vernommen. Diese Wünsche aber sind folgende: 1) daß in Beziehung auf die Einberufung einer konstituierenden deutschen Nationalversammlung die Wahl der Vertreter des Volks so zu geschehen habe, daß je nach 50,000 Seelen Ein Vertreter gewählt werde; daß, wenn der Ueberschuss der Bevölkerung 25,000 Seelen übersteigt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen sei, und daß jeder kleinere Staat, dessen Bevölkerung nicht 50,000 Seelen erreicht, einen Vertreter zu wählen habe; 2) daß in Beziehung auf die Wahl der Abgeordneten zur konstituierenden Versammlung auf jeden Fall bei der Wählbarkeit keine Beschränkung durch Vorschriften über gewisse Eigenschaften in Beziehung auf Wahlfähigkeit oder Bekenntniß einer bestimmten Religion vorkommen und eine Wahl nach bestimmten Ständen nicht angeordnet werden könne, daß als wahlberechtigt und als wählbar jeder volljährige, selbständige Staatsangehörige zu betrachten sei; daß jeder Deutsche, wenn er die voranstehenden Eigenschaften besitzt, wählbar, und dann es nicht nothwendig sei, daß er dem Staat angehöre, welchem er bei der Versammlung vertreten soll; daß auch die politischen Flüchtlinge, wenn sie nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder angetreten haben, wahlberechtigt und wählbar sind; 3) daß die Nationalversammlung so zusammenberufen werden müsse, daß sie bis zum 1. Mai ihre erste Sitzung halten kann. Wenn nun der erste Wunsch, auf Herabsetzung des Verhältnisses für die Vertretung auf 1—50,000 Seelen bereits oben beifällig begutachtet worden, so findet der Ausschuss auch kein Bedenken, sich dafür auszusprechen, daß, wenn der Ueberschuss der Bevölkerung 25,000 Seelen übersteigt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen sei. Das Resultat, wie es sich, unter Zugrundelegung der Matrikel, nach dem jetzt bevorworteten Verhältnisse herausgestellt, legt der Ausschuss in der Matrikel des Deutschen Bundes, wie solche in der 9. Bundestagsitzung vom 14. April 1842 berichtet worden und von da an zu gelten hat (Seelenzahl und Abgeordnete wie 50,000:1), vor:

Oesterreich 9,482,227 Seelen, 190 Abgeordnete; Preußen 7,948,439, 159; Königreich Sachsen 1,200,000, 24; Baiern 3,560,000, 71; Hannover 1,305,351, 26; Württemberg 1,395,462, 28; Baden 1,000,000, 20; Kurhessen 567,868, 11; Großherzogthum Hessen 619,500, 12; Holstein-Lauenburg 360,000, 7; Luxemburg-Limburg 253,583, 5; Braunschweig 209,600, 4; Mecklenburg-Schwerin 358,000, 7; Nassau 302,769, 6; Sachsen-Weimar 201,000, 4; Sachsen-Koburg-Gotha 111,600, 2; Sachsen-Meiningen 115,000, 2; Sachsen-Altenburg 98,200, 2; Mecklenburg-Strelitz 71,769, 1; Oldenburg 220,718, 4; Anhalt-Desau 52,947, 1; Anhalt-Bernburg 37,046, 1; Anhalt-Köthen 32,454, 1; Schwarzburg-Sondershausen 45,117, 1; Schwarzburg-Rudolstadt 53,937, 1; Hohenzollern-Hechingen 14,500, 1; Liechtenstein 5546, 1; Hohenzollern-Sigmaringen 35,560, 1; Waldeck 51,877, 1; Reuß, ältere Linie 22,255, 1; Reuß, jüngere Linie 52,205, 1; Schaumburg-Lippe 21,000, 1; Lippe 72,062, 1; Hessen-Homburg 20,000, 1; Lübeck 40,650, 1; Frankfurt 47,850, 1; Bremen 48,500, 1; Hamburg 129,800, 3. Summa 30,164,392 Seelen, 605 Abgeordnete.

Was aber die übrigen Anträge in Beziehung auf die Wahlqualifikation betrifft, so glaubt der Ausschuss sich eines nähern Eingehens enthalten zu dürfen, denn es scheint zu genügen, sich hinsichtlich dieser in dem

Bundesbeschluss vom 30. v. M. ganz offen gelassenen Punkte auf das einstimmige Gutachten der Männer des öffentlichen Vertrauens zu stützen. Dieses aber geht dahin, daß es dringend anzurathen sei, die höchsten Regierungen möchten bei den vorzunehmenden Wahlen den von der hier versammelt gewordenen freien Versammlung ausgesprochenen Wünschen so viel irgend möglich entsprechen, die Bundesversammlung aber möge dieselben durch Bundesbeschluss zu den übrigen machen. Ist nun die hohe Bundesversammlung mit den hier kurz entwickelten Ansichten einverstanden, und ist sie mit dem Ausschusse überzeugt, daß in dieser Wahlanglegenheit dem Gutachten der Männer des öffentlichen Vertrauens unbedingt zu folgen sei, so würde dieselbe zu beschließen haben: „Daß sie, in Berücksichtigung des unmittelbar bekannt gewordenen öffentlichen Wunsches und gestützt auf das einstimmige Gutachten der ihr beigeordneten Männer des öffentlichen Vertrauens, ihren Beschluss vom 30. v. M. in Beziehung auf die Verhältnißzahl der Vertretung dahin abändere und ferner in der Weise vollständige, daß 1) die Wahl der Vertreter des Volks zu der konstituierenden deutschen Nationalversammlung so zu geschehen habe, daß, unter Beibehaltung des Verhältnisses der Bundesmatrikel, je nach 50,000 Seelen ein Vertreter gewählt werde, daß, wenn der Ueberschuss der Bevölkerung 25,000 Seelen übersteigt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen sei, und daß jeder kleinere Staat, dessen Bevölkerung nicht 50,000 Seelen erreicht, einen Vertreter zu wählen habe; 2) daß in Beziehung auf die Wahl der Abgeordneten zur konstituierenden Versammlung auf jeden Fall bei der Wählbarkeit keine Beschränkung durch Vorschriften über gewisse Eigenschaften in Beziehung auf Wahlfähigkeit oder Bekenntniß einer bestimmten Religion vorkommen und eine Wahl nach bestimmten Ständen nicht angeordnet werden könne; 3) daß als wahlberechtigt und als wählbar jeder volljährige, selbständige Staatsangehörige zu betrachten sei; 4) daß jeder Deutsche, wenn er die voranstehenden Eigenschaften besitzt, wählbar, und dann es nicht nothwendig sei, daß er dem Staate angehöre, welchen er bei der Versammlung vertreten soll; 5) daß auch die politischen Flüchtlinge, wenn sie nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder angetreten haben, wahlberechtigt und wählbar sind; 6) endlich, daß dieselbe die höchsten Regierungen ersuche, diese Wahlen so zu beschleunigen, daß wo möglich die Sitzungen der Nationalversammlung am 1. Mai beginnen können.“

Beschluss. Daß die Bundesversammlung, in Berücksichtigung des unmittelbar bekannt gewordenen öffentlichen Wunsches und gestützt auf das einstimmige Gutachten der ihr beigeordneten Männer des öffentlichen Vertrauens, ihren Beschluss vom 30. v. M. in Beziehung auf die Verhältnißzahl der Vertretung dahin abändere und ferner in der Weise vervollständige, daß 1) die Wahl der Vertreter des Volks zu der konstituierenden deutschen Nationalversammlung so zu geschehen habe, daß, unter Beibehaltung des Verhältnisses der Bundesmatrikel, je nach 50,000 Seelen Ein Vertreter gewählt werde, daß, wenn der Ueberschuss der Bevölkerung 25,000 Seelen übersteigt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen sei, und daß jeder kleinere Staat, dessen Bevölkerung nicht 50,000 Seelen erreicht, einen Vertreter zu wählen habe; 2) daß in Beziehung auf die Wahl der Abgeordneten zur konstituierenden Versammlung auf jeden Fall bei der Wählbarkeit keine Beschränkung durch Vorschriften über gewisse Eigenschaften in Beziehung auf Wahlfähigkeit oder Bekenntniß einer bestimmten Religion vorkommen und eine Wahl nach bestimmten Ständen nicht angeordnet werden könne; 3) daß als wahlberechtigt und als wählbar jeder volljährige, selbständige Staatsangehörige zu betrachten sei; 4) daß jeder Deutsche, wenn er die voranstehenden Eigenschaften besitzt, wählbar, und dann es nicht nothwendig sei, daß er dem Staate angehöre, welchen er bei der Versammlung vertreten soll; 5) daß auch die politischen Flüchtlinge, wenn sie nach Deutschland zurückkehren und ihr Staatsbürgerrecht wieder angetreten haben, wahlberechtigt und wählbar sind; 6) endlich, daß dieselbe die höchsten Regierungen ersuche, diese Wahlen so zu beschleunigen, daß wo möglich die Sitzungen der Nationalversammlung am 1. Mai beginnen können.

Der Fünfzigerausschuss hat unter dem 8. April folgenden Aufruf erlassen:

An das deutsche Volk! Die Wahlen zu der bevorstehenden konstituierenden Nationalversammlung sind die zunächst wichtigste Aufgabe unsers Volks. Denn diese Versammlung muß die Freiheitsrechte des Volks aussprechen und feststellen, über die Verfassung beschließen und diejenigen Gewährleistungen auffinden, welche den Bestand der neuen Schöpfung sichern. Die Ruhe ist in Deutschland nicht gesichert, der erschütterte Credit kann nicht wieder aufblühen, der daniederliegende Verkehr sich nicht neu beleben, bis das Vertrauen auf die Zukunft wiederkehrt; dieses Vertrauen aber wurzelt einzig und allein in den Grundlagen und Grundgesetzen, welche die konstituierende Versammlung zu schaffen berufen ist. Es ist daher Pflicht jedes deutschen Mannes, der es mit des Vaterlandes Ruhe, Freiheit und Wohlstand redlich meint, alle seine Kräfte dafür zu verwenden, daß die Wahlen sofort und im Sinne der frankfurter Beschlüsse ausgeführt werden. Das ganze Volk soll sein Heil von Frankfurt erwarten, deshalb muß das ganze Volk dort vertreten sein. Kann auch bis zur Herstellung eines allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechts, welches zu schaffen ebenfalls Aufgabe der konstituierenden Nationalversammlung ist, nur der Angehörige des einzelnen Staates in demselben wählen (also nur der Badener in Baden, der Sachse in Sachsen), so muß mindestens jeder Staatsangehörige wählen. Es darf kein Unterschied nach Stand, Rang, Glaubensbekenntniß und Vermögen gemacht werden; es darf das Wahlrecht an keine Steuer geknüpft, es darf kein volljähriger, selbständiger Mann davon ausgeschlossen werden. Directe und unmittelbare Wahlen sind das grundsätzlich Richtige, und es muß mit aller Kraft darauf gehalten werden; wo aber auch indirecte Wahlen angeordnet werden, da muß mindestens, sowie bei den unmittelbaren, die obige allgemeine Berechtigung anerkannt werden. Wählbar aber ist jeder Deutsche im ganzen deutschen

Baterland  
werden, u  
besondern  
lung verte  
lizeistat  
und Kaste  
Es gibt  
diese sind  
es gibt nu  
Männer a  
terland u  
zulegen a  
Männer a  
ders den  
meter We  
Wahlausf  
nen, und  
über, was  
deutsche  
unserer  
freie deut

o Leip  
Verhältni  
werden dü  
geständni  
sionen mac  
Rußland  
ferungen  
fähren fö  
gab es sch  
Partei un  
in der Bor  
daß ihnen  
darum der  
bethätigen  
ehrlieh me  
geschicht,  
angedeutet  
Auch gege  
stens, daß  
das König  
lassen. So  
werden sol

Leip  
fität hat  
von 1819,  
gänzliche  
erstere An  
des letztern  
poration a  
tragen wor

Unser  
regierung  
brifftandes  
schüssen a  
um dabur  
geben. D  
ein besond

o Chem  
Dresden  
drängten  
sen, daß  
Aushülfe  
man 50,00  
contiren K  
in der Ge  
Zweck mit  
ersehen zu  
StaatsPaff  
nister in  
sind auf  
sen zu nüt  
des gegenn  
daß man  
zurücksehe  
tischen Hin  
zu erhalten  
Wald  
hier befind  
Walde zw  
gesammelt

Waterlande. Deshalb muß dem Spießbürgerthum kräftig entgegengetreten werden, welches meint, es müßten die Interessen der besondern Stadt, des besondern Landes, des besondern Standes bei der constituirenden Versammlung vertreten sein. Diese engherzige Ansicht hat der untergegangene Polizeistaat gezeugt und genährt, welcher das ganze Volk in Theile, Stände und Kasten spaltete, um auf diese Spaltung seine Herrschaft zu begründen. Es gibt bei der constituirenden Versammlung keine besondern Interessen, diese sind in den Vertretungen der einzelnen Länder geltend zu machen; es gibt nur Allgemeines, nur Deutsches. Die Wahl ist daher überall auf Männer zu lenken, die ein warmes und großes Herz für das Gesamtwaterland und seine Freiheit haben, die Muth und Kraft besitzen, Hand anzulegen an deren Gründung. Wir fordern demnach alle wahrhaft deutschen Männer auf, die Wahlen auf das angelegentlichste zu befördern. Besonders den städtischen Behörden und Körperschaften, die sich in so ausgezeichnete Weise an den Bewegungen der Gegenwart betheilig haben, den Wahlausschüssen für einzelne Länder, den Waterlands- und andern Vereinen, und dem Volke in seiner freien Versammlung legen wir diese große und heilige Sache ans Herz und bitten hiermit um sofortige Kunde darüber, was in den einzelnen Ländern geschieht und geschehen ist. Laßt uns, deutsche Brüder, gemeinsam arbeiten mit Kraft und Ernst. Als Frucht unserer Arbeit erstehet, was wir Alle ersehnen und erstreben: „Das eine freie deutsche Waterland!“ Frankfurt a. M., den 8. April 1848.

**o Leipzig, 11. April.** Bei den eigenthümlichen und schwierigen Verhältnissen der Provinz Posen zu Preußen möchte wol nicht übersehen werden dürfen, daß, wenn der König von Preußen die gewünschten Zugeständnisse nicht machte oder nicht erfüllte, Rußland den Polen Concessionen machen könnte, welche von diesen mit Freuden angenommen würden. Rußland würde dann sich an die Spitze der ganzen slavischen Bevölkerungen stellen und Deutschland die Spitze bietend eine Reaction herbeiführen können, die dessen ganze Civilisation gefährdete. Bekanntlich gab es schon nach dem letzten Aufstandsversuche der Polen eine große Partei unter ihnen, welche sich Rußland anvertrauen wollte, gewiß nur in der Voraussetzung — und diese ist jetzt noch weit wahrscheinlicher — daß ihnen von dort her Concessionen gemacht würden; und es muß darum der König von Preußen jetzt vor Allem den festesten Willen betheiligen, daß er es mit der Wiederherstellung Polens ernstlich und ehrlich meint. Aber auch Deutschland hat darüber zu wachen, daß dies geschieht, denn nicht Preußen allein, ganz Deutschland würde unter der angedeuteten Vereinigung zu leiden haben. Mit Galizien derselbe Fall. Auch gegen dieses sei man ehrlich; man gebe es frei, gestatte wenigstens, daß man sich dort consolidirt und so Rußland moralisch zwingt, das Königreich Polen, eingeklemt von den beiden Provinzen, zu verlassen. Dann wird das Polen erstehen, wie es 1815 wiederhergestellt werden sollte, eine starke und kräftige Vormauer gegen Rußland.

**Leipzig, 10. April.** Der akademische Senat hiesiger Universität hat schon vor mehreren Wochen auf Aufhebung der Bundesbeschlüsse von 1819, 1832 und 1835 und als damit zusammenhängend auf die gänzliche Freiegebung aller Studentenverbindungen angetragen. Der erstere Antrag ist seitdem bekanntlich schon erledigt, die Gewährung des letztern steht nicht zu bezweifeln. Neuerlich ist von derselben Corporation auch auf Aufhebung aller sogenannten Zwangscollegien angetragen worden.

Unser Handelsvorstand macht bekannt, daß er bei der Staatsregierung den Antrag gestellt, zur Unterstützung des inländischen Fabrikstandes eine Summe zu bewilligen, welche insbesondere zu Vorschüssen auf Waaren inländischer Fabrikanten verwendet werden soll, um dadurch auch zur Fortbeschäftigung der Arbeiter Gelegenheit zu geben. Dieser Antrag sei genehmigt worden und solle demnach durch ein besonderes Comité in Ausführung gebracht werden. (L. Z.)

**o Chemnitz, 10. April.** Die Deputation, welche von Chemnitz nach Dresden gegangen, um eine Geldaufhülfe zu Gunsten des bedrängten Erzgebirges zu erbitten (Nr. 102), hat sich überzeugen müssen, daß die Regierung diesem Wunsch in der Weise, wie man diese Aufhülfe erbeten hatte, nicht entsprechen konnte. Dagegen hat man 50,000 Thlr. dankbar angenommen, welche in Chemnitz zum Discutiren kleiner Papiere verwendet werden sollen; ebenso glaubt man in der Gewährung einer größeren Summe für Leipzig zum gleichen Zweck mit besonderer Berücksichtigung industrieller Papiere einige Hülfe ersuchen zu können. Weitere Unterstützungen, wenn es die Kräfte der Staatskassen erlauben, sind ebenfalls zugesagt. Die Stellung der Minister in Sachsen ist für den Augenblick eine äußerst schwierige, und sie sind auf ganz enorme Weise angestrengt. Bei dem besten Willen zu nützen, der unverkennbar aus allen Aeußerungen und Thaten des gegenwärtigen Ministeriums spricht, ist es nicht mehr als billig, daß man solche aufopfernde, das Interesse der eignen Person gänzlich zurücksetzende Thätigkeit anerkennt und als Beweis der höchsten patriotischen Hingebung würdigt, um den Ministern den Muth und die Lust zu erhalten, ihren schweren Beruf weiter zu erfüllen.

**Waldenburg, 9. April.** Eben jetzt, Abends 9 Uhr, erhält das hier befindliche Militair Ordre zum Aufbruch. Es soll sich in dem Walde zwischen hier und Hohenstein eine Menge Volks von 5—600 gesammelt haben, welche hierher zu kommen beabsichtige. Das Mili-

tair geht theilweise nach dieser Gegend, zum Theil nach der Richtung von Glauchau. Man sagt, eine rohe Bande aus dem Gebirge wolle die Stadt in Brand stecken. (L. Z.)

**München, 8. April.** In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten bringt der Staatsminister der Justiz einen Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister ein und bemerkt dabei: der Entwurf (welcher 14 Artikel enthält) gehe von dem Gesichtspunkte aus, daß der Beruf der Staatsminister es mit sich bringe, daß dieselben durch entsprechende Verantwortlichkeit auf die Höhe gestellt werden, welche ein segensreiches Wirken bedinge; keine Verweisung mehr; jede Gesetzesverletzung sei ahndungswerth; Aburteilung durch Geschworene, öffentliches und mündliches Verfahren beim Staatsgerichtshof; das Gesetz soll Bestandtheil der Verfassungsurkunde werden; jede Anklage eines Ministers soll dessen Suspendirung bedingen; der Angeklagte ist dem ordentlichen Richter im Fall eines gemeinen Verbrechens nicht entzogen; Begnadigung wird ausgeschlossen. Die Verantwortlichkeit erstreckt sich nicht nur auf absichtliche Verfassungsverletzungen, sondern auch auf jede wissentlich zugelassene Gesetzesverletzung. Der Staatsminister gibt noch Aufschluß über den Staatsgerichtshof, welcher aus Mitgliedern des obersten Gerichtshofes und Geschworenen gebildet werden soll. (Allgemeiner Beifall.) Der zweite Präsident wünscht in Berücksichtigung des stürmischen Andrangs einerseits und des Mangels sofortiger Befriedigung andererseits, daß der Staatsminister der Finanzen einige beruhigende Worte spreche. Der Staatsminister der Finanzen erhebt sich, berührt die Schwierigkeiten, welche das Ministerium zu bewältigen habe, bespricht die obwaltenden Misstände in den Verkehrs- und Productionsverhältnissen und stellt eine baldige Vorsorge für die arbeitende Klasse in nahe Aussicht. Eine Erhöhung des Lohnes durch Verordnung sei unthunlich, die Ermäßigung der Arbeitszeit müsse ebenso im Ganzen der Uebereinkunft zwischen Arbeiter und Dienstherrn überlassen bleiben; er wünsche allenthalben die größte Freiheit; er verspreche nichts, was zu lösen er sich außer Stand sehe; täuschende Versprechungen sollten fern bleiben; dagegen werde der Staat Arbeitsgelegenheit eröffnen. (Beifall.) Der erste Secretair: Die ständische Initiative sei eine Nothwendigkeit; er stelle deshalb mit Uebereinstimmung mit seinen Collegen aus der Pfalz die Frage an den Minister, ob die Initiative bald werde gewährt werden? Der Staatsminister der Justiz: So dringend sei diese Frage noch nicht, die Minister machten gewiß reichliche Vorlagen; etwas müsse allerdings geschehen, eine Verfassungsrevision stehe in Aussicht, und hiermit stehe die Initiative in naher Verbindung. Das Staatsministerium gewähre alles Billige und wolle den Fortschritt. Der zweite Präsident findet die Debatte hierüber der Finanzen: Man möge die schwierige Stellung der Minister nicht noch vermehren, man hätte ihnen von dieser Interpellation Mittheilung machen sollen. Der erste Secretair Dr. Stodinger: Er bedaure, daß Letzteres nicht geschehen, aber der Wunsch stehe schon in der Adresse; das Land habe sich laut dahin ausgesprochen, er wolle aber zur Zeit nicht weiter drängen. Der Staatsminister der Finanzen appellirt neuerdings an die Billigkeit der Kammer. Abg. Christmann fordert Befriedigung des Volksverlangens. Frhr. v. Clofen: Man möge sich mit der Ministererklärung für heute begnügen. Der zweite Präsident beantragt Abstimmung. Von allen Seiten: Das ist gegen die Geschäftsordnung. Der Staatsminister der Finanzen: Sie achteten die Rechte der Kammer, sie hätten die Wünsche der Kammer gehört. Der zweite Präsident: Die Kammer habe ja ihre Zustimmung gegeben. Von allen Seiten: Nein, nein, es kann nicht abgestimmt werden! Der zweite Secretair: Die Kammer könne zu Protokoll ihre Zustimmung aussprechen, die Vorwürfe erhoben sich allseitig gegen die Unthätigkeit der Kammer, die Ursache liege an der Geschäftsordnung. Frhr. v. Clofen: Schon in der Adresse sei der Wunsch ausgedrückt, eine Wiederholung sei nicht nothwendig. Abg. Christmann und Schlund beharren auf einer abzugebenden Erklärung. Staatsminister Heintz: In der nächsten Sitzung wolle das Ministerium eine bestimmte Erklärung abgeben. (Freudige Zustimmung von allen Seiten.) — Durch allerhöchste Entschließung vom 1. April sind die Anzeigengebühren, Pfandgelder, Rüge- und Strafantheile des Forstpersonals aufgehoben worden. Das Forstschußpersonal soll dafür eine angemessene Functionszulage erhalten. (N. C.)

**Hannover, 8. April.** Der gestern erwähnte Adressentwurf lautet: Dem erhabenen Thron Sv. Maj. nahen ehrfurchtsvoll von vielfachen Gefühlen tief bewegt die getreuen Stände dieses Königreichs, um den Dank des Landes für die großen Maßregeln auszusprechen, die zur Begründung einer die Rechte des Volks auf eine breitere Grundlage stellenden Verfassung von Sv. königl. Maj. in landesväterlicher Huld und Weisheit beschloßen und verkündet sind. Die schon durch den ordentlichen Lauf der Geschäfte herbeigeführte Versammlung des Stände ist in eine Zeit der gewaltigsten Erschütterungen gefallen, in eine Zeit, in welcher die unerwartetsten folgenschwersten Ereignisse sich drängen, in welcher Alles um neue Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse ringt. Als ein lichter Stern in diesem sturmvollem Ringen leuchtet das zu neuer Kraft erwachte Selbst-

Bewußtsein des deutschen Volks, sein Streben nach der langen mit Schmerz entbehrten, durch unheilvolle Ereignisse ihm entzogenen Einheit hervor. Mit Freude haben die Stände es vernommen, daß Ew. Maj. bereits Maßregeln der Mitwirkung zu diesem großen Ziele getroffen haben, sie dürfen vertrauen, daß in Durchführung derselben die gewohnte Kraft nicht fehlen und daß kein Opfer Ew. Königl. Maj. zu schwer sein werde, um dieses für das Wohl, ja vielleicht für die Rettung des großen Vaterlandes unerlässliche Ziel zu erreichen.

In dem lebendigen Bewußtsein seiner Kraft wird Deutschland darüber wachen, daß die Integrität seiner Grenzen ungestraft nirgend verletzt werde. Die für einen benachbarten Bundesstaat entstandene Gefahr findet auch hier das wärmste Mitgefühl; sollte auf friedlichem Wege diese Gefahr nicht zu beseitigen sein, so wird das Land nicht zaudern, mit allen seinen Kräften seinem Könige zur Seite zu stehen, um die bedrohte Sicherheit des Bruderlandes zu schützen. Nicht minder werden Ew. Maj. die getreuen Stände bereit finden, die im Wege der Verfassung ihnen eröffnete Bahn zu heilbringendem Wirken für die neue Gestaltung der innern Verfassung und Verwaltung dieses Königreichs mit Ernst zu betreten und frei mit festem Willen zu verfolgen. Die dem Lande bereits gewordenen allerhöchsten Zusagen der Freiheit der Presse und des Versammlungsrechts, der Selbstständigkeit für die Verwaltung der Stadt- und Landgemeinden, der Beseitigung aller Exemtionen bei Staats- und andern Lasten, der Herstellung der ursprünglichen Kraft der Gerichte unter Einführung eines für Alle gleichen, auf Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgericht zu gründenden Gerichtsverfahrens, der allgemeinen Trennung der Justiz von der Verwaltung, der Vereinfachung des Staatshaushalts, insbesondere durch Wiedervereinigung der Königl. Kasse mit der Landeskasse, der Verantwortlichkeit der Minister dem Lande gegenüber, sind überall mit dem freudigsten Jubel begrüßt. Indessen dürfen Stände freimüthig nicht verhehlen, daß außer diesen noch vielfache andere Maßregeln von hoher Bedeutung für die Zufriedenheit und Wohlfahrt des Landes, für die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit unabweislich erforderlich sind. Die Aufhebung des Staatsraths in seiner bisherigen Bedeutung, die Gleichstellung der politischen Rechte für alle christlichen Glaubensbekenntnisse wie für die unchristlichen, soweit deren Religionsgrundsätze nicht entgegenstehen, die Aufhebung der Vertretung des Adels als solchen in der allgemeinen Ständeversammlung, sowie die Aufhebung aller Vorzüge der Geburt für den Adel unbeschadet der Privatrechte sind zur Entwicklung einer freien Verfassung, zur Begründung eines neuen kräftigern Lebens, zur Herstellung des Geistes der Eintracht, in dem das Heil und die Sicherheit Aller beruht, vor Andern dringend erforderlich. Wird auch dies gewährt und wird es mit den übrigen landesväterlichen Verheißungen in rascher Ausführung zu gesetlicher Geltung erhoben, so dürfen Stände bei dem von Ew. Maj. huldvoll anerkannten verständigen Ernst und dem geraden Willen des Volks bei seiner Vaterlandsliebe und Treue für den angestammten Landesherren, dem zuversichtlichem Vertrauen sich hingeben, daß der Geist der Ordnung und mit ihm die besonnene Haltung des Landes unverändert werde bewahrt werden. Möge so der Hinblick Ew. Königl. Maj. auf das Land auch ferner von dem Schmerze nicht getrübt werden, der in vielen andern Ländern Freude und Hoffnung verbitterte, möge die göttliche Vorsehung das Vaterland gnädig beschützen, möge sie demselben den geliebten König noch lange Jahre erhalten! Die I. Kammer hat die Adresse mit folgender Modification angenommen: Die Aufhebung der Vertretung des niedern Adels als solchen in der allgemeinen Ständeversammlung, sowie die Beseitigung aller rechtlich bestehenden und thatsächlich gestatteten Vorzüge der Geburt und des Standes bei Besetzung der Civil- und Militairämter sind zu bewilligen.

**Aus Baden, 8. April.** Gestern wurde Dr. Fickler in Karlsruhe im Namen des Gesetzes als Volksaufwiegler verhaftet. Seine Verhaftung wurde am Bahnhof, wo er eben mit dem Bahnzug angekommen, durch den Abg. Mathy vollzogen. Aus letztem Umstande geht unzweifelhaft hervor, daß diese Maßregel auf den Grund zureichender Anzeige und mit Vorwissen der Kammer stattgefunden. Jedenfalls spricht sich die öffentliche Meinung nur sehr günstig über diese Verhaftung aus, da das Treiben dieses Republikaners, der in Wort und Schrift zum Umsturz der bestehenden Verfassung auffoderte und selbst zu Gewaltmitteln seine Zuflucht zu nehmen drohte, nachgerade den allgemeinen Unwillen aller rechtlichen Bürger erregte. Die Aufregung im Seekreis, welche nach allen Berichten dem Ausbruche nahe steht, ist größtentheils sein Werk. — Die Ernennung des Abg. v. Sorion zum Präsidenten des Justizministeriums ist Ihnen ohne Zweifel schon bekannt.

— **Aus Mannheim vom 8. April,** wird dem Frankfurter Journal in erläuternder Weise hierüber Folgendes berichtet: Der heutige Tag hat in Mannheim den Sieg der Freiheit über die Intriguen einer auf den Umsturz der bürgerlichen Ordnung hinarbeitenden Fraction, so Gott will, für immer entschieden. Die gestrige Volksversammlung im Aulasaale kann nur einem wüthenden Jakobinerclub an die Seite gestellt werden. Unsere sogenannten Volksmänner boten alle Mittel der Agitation auf, die mannhemer Einwohner einer Republik geneigt zu machen. Nichts wurde unterlassen, diesen Zweck zu erreichen; die politische Tartufferie zeigte sich in ihrer ganzen Nacktheit. Dennoch schien sie den Kampfplatz siegreich verlassen zu haben, denn ein Theil der untern Klassen des Volks jauchzte ihr ja Beifall! Da entsteht heute Morgen gegen 9 Uhr plötzlich das Gerücht, in Karlsruhe habe Hr. Mathy den Redacteur der Seeblätter, Dr. Fickler, auf dem Bahnhofe arretiren las-

sen und denselben als Landesverräter den Gerichten übergeben. Die Aufregung, welche diese Nachricht hervorrief, war ungeheuer. Zugleich hörte man, daß Hr. Mathy hier angelangt sei, um dem Gemeinderathe Rechenschaft von seiner Handlung abzulegen. Als bald versammelte sich eine wüthende Pöbelrotte vor seinem Hause, und Bedenkliches stand zu erwarten. Hr. Mathy mußte gegen 12 Uhr seine Person unter dem Schutze der Bürgerschaft stellen und begab sich, geleitet von einigen hiesigen angesehenen Bürgern, auf das Rathhaus. Aber mit der Aufregung wuchs auch hier die Zahl des Volks. Vergebens suchte man die aufgeregten und von ihren Koryphäen immer mehr aufgehetzten und zu offener Thätlichkeit angefeuerten Massen zu beruhigen; es mußte zuletzt der Generalmarsch geschlagen und die Bürgerwehr unter die Waffen gerufen werden. Die beiden Bataillone und das Corps der Senfsmänner stellten sich sofort auf dem Rathhausplatze auf und das Gemeinderathsmitglied Jean Joergler, einer unserer wackersten Bürger, erschien auf dem Balcon. Er verlas zuerst folgende Erklärung des Hrn. Mathy: „Aufgefordert durch die Gemeindebehörde, eine Erklärung zu geben über die Verhaftung des Hrn. Fickler, welche heute früh in dem Bahnhofe zu Karlsruhe von mir vorgenommen wurde, entspreche ich dieser Aufforderung in folgendem: Gestern Vormittag in dem Ständehause und gestern Abend beim Hrn. Präsidenten Mittermaier überzeugte ich mich, daß urkundliche Beweise vorliegen, welche darthun, daß Hr. Fickler im Auslande Verbindungen mit Deutschen und Ausländern gepflogen hat, welche einen bewaffneten Einfall in Baden bezweckten. Diese Handlung ist Landesverrath; jeder Bürger, welcher davon zuverlässige Kenntniß erhält, hat die Pflicht, solchen Verbrechen entgegenzutreten, und diese Pflicht habe ich erfüllt, indem ich Hrn. Fickler verhaftete. Derselbe ist nun in den Händen der Gerichte und wird sich gegen die dort vorliegenden Anschuldigungen und Beweise, welche ihn eines schweren Verbrechens bezichtigten, verantworten und vertheidigen. Die Bürger von Mannheim, welche stets die Gesetlichkeit als die unerlässliche Bedingung der Freiheit und der Wohlfahrt geachtet haben, werden aus dieser Erklärung entnehmen, daß ich nur eine Bürgerpflicht erfüllt habe, indem ich Bestrebungen entgegentrat, welche das Vaterland in großes Unglück zu stürzen drohten. Mannheim, 8. April. R. Mathy.“

Hierauf verkündete Herr Joergler eine Proclamation des Gemeinderaths an die Bürgerschaft von Mannheim. In derselben wurde in höchst energischer Sprache das wüthliche Treiben der hiesigen Republikaner in seiner ganzen Verworfenheit dargestellt und die moralische Schlechtigkeit Derer, die sich, um zu ihrem Zwecke zu gelangen, nicht einmal scheuen, ihr Vaterland an Frankreich verrathen zu wollen, dargelegt. Ungeheuer war der Jubelruf, als der Schluß der Proclamation die wackern Patrioten auffoderte, sich diesem schlechten, feigen Treiben einer kleinen Rottte mit aller Macht entgegenzustellen und dies durch ihre Namensunterschrift zu bekräftigen. „Ja, Ja!“ worauf Hr. Mathy dem Zuruf seiner Bürger Gehör geben und gleichfalls auf dem Balcon erscheinen mußte. Ich habe selten einen solchen Volksjubel gehört als den, womit er empfangen wurde. Der wackere Mann, den sie heute Morgen noch mit ihren mörderischen Dolchen bedrohten, stand plötzlich als Sieger da und verkündete in lauten begeisterten Worten den Sieg der wahren Freiheit, der er sein Leben geweiht. Er würde Dasselbe, was er gestern Abend gethan (die Verhaftung Fickler's), jeden Augenblick noch einmal thun, denn es gelte das Glück, die Ehre und die Erhaltung seines theuren Vaterlandes. Diesen schlichten, aber festen Worten des Ehrenmannes folgte abermals ein Jubelruf, wie ihn unsere Republikaner mit allen ihren Künsten und Intriguen, mit allen ihren hohlen und wüthenden Tiraden nimmermehr hervorgebracht haben. Mathy, der „Vaterlandsverräter“, stand mit Einem Mal als der wahre Freund, als der wackere Vertreter seines Volkes da! Wir möchten Keinem rathen, ihn anzutasten.

**Karlsruhe, 7. April.** Die heutige Sitzung der II. Kammer, fast ganz ausgefüllt durch eine Verhandlung über den Beizug von Truppen des achten Armee-corps zum Schutze der ausgedehnten Landesgrenze gegen Einfälle aus Frankreich und der Schweiz, schloß mit dem vollständigen Siege echt deutscher Gesinnung, mit der Niederlage der Spaltungsversuche, mit einem Beschlusse der großen Mehrheit für Billigung der Maßregel zu unserm Schutze gegen fremden Ueberfall. Abg. Brentano stellte den Hülfszug deutscher Waffenbrüder als einen Einmarsch fremder Truppen dar, welcher einen sehr übeln Eindruck gemacht habe, und verlangte von der Regierung eine offene Erklärung über die Absicht. Staatsrath Beck gab die feste und bestimmte Erklärung ab, daß diese Truppen nicht zur Vorbereitung einer Reaction, wie man von gewisser Seite auszustreuen versucht habe, sondern lediglich zur Vertheidigung der Landesgrenzen gegen die aus Frankreich und der Schweiz drohenden Angriffe eingerückt seien. Erst gestern hätten 800 Arbeiter in Strassburg von den dortigen Behörden Waffen verlangt, um in Deutschland einzufallen, und die französische Regierung sei trotz des besten Willens schwerlich im Stande, dem Andrängen noch länger zu widerstehen. Diese 800 seien aber bloß der Vortrab anderer Colonnen, welche mit jedem Tage am jenseitigen Rheinufer eintreffen könnten. Aus der Schweiz sei Dasselbe zu befürchten, trotz der Absicht der dortigen Behörden, solche Einfälle zu verhindern. Nicht Hunderte,

sondern Tausenden des Vaterlandes zu bedrohen. Die Sicherheit des Vaterlandes ist die Aufgabe der Regierung. Die Regierung hat die Pflicht, die Sicherheit des Vaterlandes zu gewährleisten. Die Regierung hat die Pflicht, die Sicherheit des Vaterlandes zu gewährleisten. Die Regierung hat die Pflicht, die Sicherheit des Vaterlandes zu gewährleisten.

**Don**

sen Wilhelm...  
corps und...  
eine ungeh...  
württember...  
besetzen sol...  
heitsverräth...  
fen. Don...  
dacht; alle...  
Widerstand...  
ten waren...  
Vormittag...  
bewaffnet...  
einer Vera...  
heftigem...  
Markgraf...  
enthoben...  
sidenten de...  
sub 1 und...  
Mal 24...  
den, widri...  
Beschlüssen...  
fremdes M...  
den einrück...  
gesehen und...  
genblicklich...  
schmolzen...  
21 einberuf...  
Bei einer r...  
wurde bes...  
daß Markg...  
fehlschaber...  
son aus ein...  
2) es soll...  
den, um so...  
Beschlüsse...  
langten En...  
halb der ob...  
zurückzukeh...  
**Main**  
ten, welche...  
über 40, vor...  
**Brau**  
unserer St...  
vorlagen er...  
entstandene...  
den, eines...  
der Truppe...  
mäßig am...  
daß unter d...  
gebliebene...  
angenommen...  
heit der Pr...  
danach in...  
schrift muß...  
ist vorher...

sondern Tausende ständen dort unter polnischen Offizieren und harrten des Winkes zum Einmarsch. Es handle sich jetzt um die Erhaltung des Landes, um die Wahrung der erlangten Freiheit wie um die Sicherheit der Personen und des Eigenthums. Wenn aber etwas im Stande sei, einen blutigen Zusammenstoß zu verhüten, so sei es gerade die Aufstellung großer Streitkräfte; denn diese allein könnten vielleicht die Angreifer auf andere, friedlichere Gedanken bringen. Abg. Hecker erhob sich für die Ansicht von Brentano, suchte die Gefahr von außen als eingebildet darzustellen und die Besorgnisse vor einer Reaction im Innern hervorzuheben. Die Abgg. Welte und v. Isstein schlossen sich an, doch nur bedingt und in gemäßigter Form. Abg. Mathy sprach in zwei ausführlichen Vorträgen gegen Hecker und Brentano; Abg. Bittel, Meyer, Blänkenhorn, Stöber, Straub, Baum u. A. vereinigten sich mit ihm, und die Kammer sprach mit allen gegen sieben Stimmen ihre Bestimmung zu den Maßregeln zum Schutze der Landesgrenze aus. Zugleich aber wurde gewünscht, daß dieselben nicht länger als nöthig, feinenfalls länger als bis zur vollendeten Organisation der Bürgerwehr dauern, daß eine Erklärung über die Art und Weise und die Nothwendigkeit der Schutzmaßregeln veröffentlicht werden, und daß der Kammer über den moralischen Zustand der badischen Truppen Auskunft gegeben werden möchte. Zahlreiche Deputationen, welche hierher gekommen waren, um den Rückzug der „fremden“ Truppen zu verlangen, wohnten der Sitzung bei, und die meisten schienen durch die Aufschlüsse über die Nothwendigkeit des Schutzes befriedigt. (Bad. Bl.)

**Donaueschingen**, 6. April. Die Nachricht, daß die Markgrafen Wilhelm und Max zu Befehlshabern des achten deutschen Bundescorps und der badischen Truppen ernannt seien, hat in dem Seekeise eine ungeheure Aufregung hervorgebracht, und auf die Kunde, daß württembergische und österreichische Soldaten die Baar und das Hegau besetzen sollen, griff die ganze Bevölkerung zur Abwehr dieses „freiheitsverrätherischen Ueberfalls“, wie man sich ausdrückte, zu den Waffen. Donaueschingen war der erste derartige militärische Besuch zugebacht; allein die dortigen Einwohner entschlossen sich sofort zu kräftigem Widerstande, und durch Eilboten, durch Alarmzeichen und Sturmläuten waren schnell ihre benachbarten Freunde herbeigerufen, welche heute Vormittag 10 Uhr in imposanter militärischer Haltung und vollständig bewaffnet und organisiert sich auf einer Wiese bei Donaueschingen zu einer Berathung versammelten, und nach Anhörung mehrerer Reden, bei heftigem Sturm und Regen folgende Beschlüsse faßten: 1) Es soll Markgraf Wilhelm als Commandant des 8. Armee-corps seiner Stelle enthoben werden. 2) Es sollen alle Minister mit Ausnahme des Präsidenten des Finanzministeriums entsetzt werden. 3) Die Beschlüsse sub 1 und 2 sollen vom großherzogl. Staatsministerium innerhalb drei Mal 24 Stunden, von der Ueberreichung an gerechnet, vollzogen werden, widrigenfalls man bewaffnet und in Masse erscheine, um diesen Beschlüssen sofort Geltung zu verschaffen. 4) Es soll durchaus kein fremdes Militair und ebenfalls keine deutschen Bundestruppen in Baden einrücken, widrigenfalls dies als Kriegserklärung gegen das Volk angesehen und man Gewalt entgegenstehen würde. 5) Das Volk soll augenblicklich bewaffnet und das Linienmilitair mit der Bürgerwehr verschmolzen werden. 6) Das Gesetz, wonach die Altersklasse von 1818—21 einberufen worden, soll augenblicklich außer Wirksamkeit kommen. Bei einer nachträglichen Versammlung, welche Nachmittags statt hatte, wurde beschlossen, 1) von der großh. Staatsregierung zu verlangen, daß Markgraf Max ebenfalls innerhalb drei Mal 24 Stunden als Befehlshaber des badischen Armee-corps entfernt und überhaupt keine Person aus einem fürstlichen Hause als Commandant ernannt werden soll; 2) es soll heute noch eine Deputation nach Karlsruhe abgesendet werden, um sowohl den Ständen als der großherzogl. Staatsregierung diese Beschlüsse zu eröffnen, und es soll diese Deputation bis zu einer erlangten Entscheidung in Karlsruhe bleiben; erfolgt diese nicht innerhalb der oben anberaumten Frist, so hat die Deputation augenblicklich zurückzukehren und dem hiesigen Bezirkscomité Anzeige zu machen. (F. Z.)

**Mainz**, 8. April. Die Zahl der hier und in Kastell Verhafteten, welche an der Zerstörung der Eisenbahn sich betheiligten, beträgt über 40, von denen Viele ausgesagt haben, daß sie bezahlt worden. (F. Z.)

**Braunschweig**, 8. April. Heute hat die erste öffentliche Sitzung unserer Ständeversammlung stattgefunden. Von den Regierungsvorlagen erwähnen wir eines Gesetzentwurfs über den bei Ausläufen entstandenen Schaden und dessen Ersatz durch die betreffenden Gemeinden, eines Gesetzentwurfs über die durch den bevorstehenden Ausmarsch der Truppen nöthig gemachte Verlängerung der Dienstzeit der regelmäßig am 1. Mai zu entlassenden Soldaten, und eines Vorschlags, daß unter den jetzigen Zeitumständen die auf dem letzten Landtag offen gebliebene Finanzdifferenz erledigt und der Etat von 3,754,712 Thlr. angenommen werden möge. Ferner ist ein Gesetzentwurf über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vorgelegt. Preßdelicte werden danach in Gemäßheit der allgemeinen Strafgesetze bestraft, jede Druckschrift muß den Drucker nennen, von der Herausgabe einer Zeitschrift ist vorher Anzeige zu machen. Concessionen und Cautionen sind nicht

erfordert. Dann ein Gesetzentwurf über die Wahl von Nationalvertretern. Die Wahl erfolgt nicht aus der Ständeversammlung, sondern direct aus dem Volk. Es werden drei oder vier Nationalvertreter gewählt. Jeder ist wählbar, der 25 Jahre alt ist und im Herzogthume seinen Wohnsitz hat, stimmberechtigt ist jeder selbständige unbescholtene Landeseinwohner, der 25 Jahre alt ist, an seinem Wohnsitz. Auf je 500 Seelen wird ein Wahlmann ernannt. Gemeinden über 300 Seelen wählen jedenfalls einen Wahlmann, kleinere werden mit andern zusammengelegt. Die Wahl der Wahlmänner geschieht nach relativer Stimmenmehrheit durch Stimmzettel. Zum Zwecke der Wahl der Nationalvertreter ist das Herzogthum in drei, oder falls vier Vertreter zu wählen sind, in vier Bezirke getheilt. Die Wahl der Vertreter erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit.

Den Schluß der Sitzung machte ein Vortrag des Abg. Dr. Erip über seine Entsendung zu den frankfurter Verhandlungen. Derselbe schilderte den Zwiespalt in Frankfurt mit etwas trüben Farben und sah namentlich von Preußen und Oesterreich, die ihre Interessen niemals den allgemeinen unterordnen würden, unbeflegliche Schwierigkeiten voraus. Dann aber kam er auf unsere bisherigen Zustände und sah ein Heil nur in Behebung der Communalverfassung. Durch die Bureaucratie, welche nach oben geschmeichelt hätte und nach unten herzlos und grob gewesen, sei viel verdorben, die Bureaucratie habe allen Credit verloren, und es müsse zu einem Selbstregiment der Gemeinden kommen. Dabei müsse man sich der untern nothleidenden Klassen der Gesellschaft annehmen, oder man werde einer Anarchie der schlimmsten Art entgegengehen.

**Frankfurt a. M.**, 8. April. In der heutigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung stellte Dr. Burkard eine Anfrage in Betreff der Wahlen zur constituirenden Nationalversammlung. Senator Hessenberg erwiderte, daß der Gegenstand bereits im Senate verhandelt worden, und eine Vorlage darüber auf den freisinnigsten Grundlagen in allernächster Zeit zu erwarten sei; übrigens könne es nur angenehm sein, wenn die Bürgerschaft ihre Wünsche ausspreche. Zwei Anträge des Dr. Reinganum auf Erlass von Gesetzen zur Sicherstellung der persönlichen Freiheit und in Betreff der Schuldhafte wurden als zulässig erkannt und werden zur Rückäußerung an den Senat gehen. Hinsichtlich eines dritten Antrags desselben Mitgliedes, wonach das Quartiergeld in seiner bisherigen Erhebungsart aufhören und dagegen als Zusatzrate der Wohn- und Miethsteuer erhoben werden soll, beschloß die Versammlung, daß das Quartiergeld mit Ablauf des gegenwärtigen Semesters gänzlich aufhören solle. (D. P. A. Z.)

## Preußen.

**Berlin**, 10. April. In der heutigen Sitzung des Vereinigten Landtags theilt der Ministerpräsident mit, daß nach einer inzwischen erfolgten modificirten Bestimmung der Wahlen zur deutschen constituirenden Versammlung von Seiten des Deutschen Bundestages die bereits vom Vereinigten Landtage vollzogenen Wahlen nicht ausreichend seien. Der König wünsche, daß der Vereinigte Landtag auf seine Wahlen verzichte und daß das Ministerium sofort die neuen Wahlen, nach dem Beschlusse des Bundes, ohne Unterschied des Bekenntnisses und des Standes, anordnen werde. Der Landtagsmarschall fragt die Versammlung, ob sie die bereits vollzogenen Wahlen als nicht geschehen ansehen wolle. Fast einstimmig wird die Frage bejaht. Abg. Knoblauch, Referent der Commission, verliest hierauf das Gutachten der dritten Abtheilung über die Finanzfrage. Das Gutachten beantwortet die beiden Fragen: 1) machen die herrschenden außerordentlichen Geldbewilligungen unabweislich, und 2) in welcher Art kann dem Bedürfnisse genügt werden? zu 1) dahin, daß allerdings eine außerordentliche Geldbewilligung nöthig sei, denn die Bestände der Schatzkammer, welche am Anfang des Jahres 1847 sich auf 19,500,000 Thlr. belaufen hätten, wären seitdem bis auf 8,500,000 Thlr. vermindert worden und würden, nachdem weitere 5,000,000 Thlr. zu verschiedenen Zwecken daraus entnommen wären, bis auf 3,500,000 Thlr. schwinden, eine überaus mäßige Summe, welche man theils als ein zu reservirendes Minimum betrachten müsse und von dem höchst wahrscheinlich ein großer Theil zur Unterstützung von Disconto- und solchen Instituten werde verwendet werden müssen, welche eine erleichterte Beleihung bezwecken. Es müsse daher, in Beantwortung der Frage 2, ausgesprochen werden, daß die Regierung zur Aufnahme von 15 Mill. Thlr. auf außerordentlichem Wege ermächtigt werde. Die Abtheilung hat demnach über folgende zwei Fragen: Beschließt die Abtheilung zu befürworten, daß die Regierung ermächtigt werde: 1) auf außerordentlichem Wege zum äußern und innern Schutze der Monarchie eine Summe von 15 Mill. Thlr. zu beschaffen; 2) zur Herstellung des Credits im Innern und zur Erhaltung von Handel, Gewerbe und Landwirthschaft Garantien bis zum Gesammtbetrage von 25 Mill. Thlr. unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß möglichst gestrebt werde, Verluste für den Staat, welche diese Garantien zur Folge haben könnten, zu verhüten? abgestimmt, und die erste Frage einstimmig, die zweite mit 17 gegen 2 Stimmen bejaht.

Abg. Wenzler spricht sich gegen das Gutachten und für eine Nationalsubscription aus, Abg. v. Gaffron für ein Vertrauensvotum, Abg. v. Bismarck gegen das Abtheilungsgutachten, Abg. Koepell für dasselbe, Abg. Schauf für eine Zwangsanleihe von 5 bis höchstens 8 Millionen. Der Minister Hansmann nimmt wiederholt das Wort, um den Einwendungen zu begegnen; es komme nur auf das Vertrauen an, welches die Versammlung dem Ministerium schenke; durch die Annahme des Abtheilungsantrags sei eine Anleihe noch nicht sofort erforderlich gemacht; man könne bis zum Zusammentritte der Volksrepräsentation noch eine Steuererhebung vermeiden. Abg. v. Vincke ärgert mit einer für das Ministerium Vertrauen verlangenden Rede außerordentlichen Beifall; die Redner, welche sich noch zum Worte gemeldet, verzichten auf dasselbe; der allgemeine Wunsch geht, nachdem Abg. v. Vincke geredet, auf Abstimmung. Diese erfolgt; sie fällt zu Gunsten der Abtheilungsanträge aus. Nach einigen Erörterungen über anderweite Gegenstände wird vom Landtagscommissar im Namen des Königs der Landtag für geschlossen erklärt.

Wir freuen uns anzeigen zu können, daß der Plan des Landtagsabgeordneten Milde, die baaren Bestände des Staatschazes zur Begründung eines National-Department of issue neben der bestehenden Hauptbank zu verwenden, wodurch unter der solidesten Fundirung Banknoten von 1 und 5 Thlr. zur Vermittelung der Werthe und materiellen Erleichterung des Kleinhandels ausgegeben werden sollen, gestern von dem Ministerrath, wie verlautet, angenommen sein soll. (3. H.)

¶ Berlin, 9. April. Mit den durch die Stände bewirkten Wahlen der Vertreter des preussischen Volkes bei dem deutschen Parlament ist man hier durchaus nicht zufrieden. Man spricht den Ständen die Competenz gänzlich ab und ist um so minder gesonnen, sich dabei zu beruhigen, als neben manchen recht tüchtigen Männern verschiedene Personen gewählt sind (Nr. 102), welche das öffentliche Vertrauen durchaus nicht genießen. Vorzüglich erhebt sich schon jetzt die Stimme gegen einige bekannte Repräsentanten des aristokratisch-pietistischen Systems, deren Namen man mit Staunen unter den Gewählten findet. Es ist wahr, die Zeit drängt, allein man sollte eine so wichtige Sache doch nicht im Sturmschritt abthun, sondern lieber die ganze Versammlung um einige Wochen vertagen, damit überall Zeit bleibt, sich nach den geeigneten Männern umzusehen und geordnete Wahlen zu veranlassen. — Personen, welche aus dem Großherzogthum Posen kommen, schildern, ganz im Widerspruche mit dem hier öffentlich erfolgten Anschlage des Polen Zibulski, die großen Uebergriffe und Gewaltthatigkeiten der polnischen Bevölkerung gegen die dort wohnenden Deutschen. Es sollen sich bereits große Scharen Bewaffneter daselbst zeigen, Contributionen ausschreiben, die Gutsbesitzer brandschlagen und vorzüglich Pferde in Anspruch nehmen; ja, glaubhafte Leute versichern, daß besondere Polencomités nicht nur deutsche Districtscommissare abgesetzt und Staffetten angehalten, sondern auch Abgaben im voraus erhoben hätten. — Einzelne Personen, welche gern Advocaten werden wollen, auf dem gewöhnlichen Weg es aber nicht schnell werden können, fabeln wieder viel von sofortiger Freigebung der Advocatur. Die preussische Regierung kann und wird sich aber damit nicht übereilen, da die Beispiele anderer Staaten nur zu oft gezeigt haben, wie höchst gefährlich es ist, einen zahllosen Schwarm von Advocaten zu erzeugen, dem die Mittel zur Existenz fehlen. Nur zu natürlich gerathen solche brotlose Advocaten auf alle mögliche Abwege und sinken herab zu Quarusanten und Aufwieglern, weil ihnen Alles daran liegen muß, ihre Existenz zu sichern, sei es auch durch die schlechtesten Mittel. Das erste Erforderniß zur Erzeugung einer guten Advocatur ist das, daß sie durch eine angemessene Einnahme vor Bestechlichkeit und Abwegen geschützt sei.

Es soll noch nicht entschieden sein, ob ein neues besonderes Gesetzministerium organisiert wird. Nicht bloß die Kränklichkeit des Ministers Bornemann, sondern die ungeheure Ueberhäufung der Geschäfte soll es dringend bedingen, die Revision der Gesetzgebung und die Justizverwaltung ganz zu trennen, und für den Fall solcher Trennung wird allerdings der sehr tüchtige Präsident Scheller als Chef des Ministeriums für die Gesetzgebung genannt. Von einem der abgetretenen Minister, welcher zu unsern reichsten Privatleuten gehört, erzählt man sich, daß er so wenig an seine Verabschiedung gedacht, daß er noch kurz zuvor sich habe sein Gehalt vorauszahlen lassen.

¶ Berlin, 10. April. Die Nachricht, daß der Präsident des Handelsamts, Hr. v. Rönne, ein Mann, welcher stets einer freisinnigen Richtung zugethan war, an die Spitze des neuen Handelsministeriums treten werde, bestätigt sich vollkommen. Derselbe hat als preussischer Geschäftsträger bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine gute Schule durchgemacht und wird namentlich auf die Hebung des auswärtigen Handels des deutschen Vaterlandes gewiß sehr glücklich einwirken. — Mit Freuden hört man, daß der General v. Keyher, ein durchaus populärer und braver Mann, das Kriegsministerium nun wirklich definitiv übernehmen wird.

\* Posen, 8. April. Durch die noch im Laufe des gestrigen Tages erschienene Proclamation des königl. Reorganisationscommissars, Generals v. Willisen ist hier fast Niemand zufriedengestellt: die Polen, die sich bereits mit den kühnsten Hoffnungen trugen, sind bestürzt und erklären mit Groll, daß sie unendlich größere Zugeständnisse erwarteten hätten, und die Deutschen behaupten, daß ihre Interessen beiweitem nicht genügend gewahrt seien. So hat Hr. v. Willisen jedenfalls einen überaus schwierigen Standpunkt, und wir glauben kaum, daß es ihm gelingen werde, den vielfach verschlungenen Knoten friedlich zu entwirren; das Schwert wird wol zuletzt auch ihn lösen müssen. Die Deutschen hielten heute zwei Mal Volksversammlungen, worin mit großer Aufregung gegen die Anordnungen des Commissars declamirt wurde; eine gewählte Deputation mußte ihm sofort mehre Protestpunkte überbringen. Desgleichen war man mit der Zusammenfassung der Commission, die das Reorganisationswerk betreiben soll, wenig zufrieden und erklärte das deutsche Element nicht genügend vertreten. Diese Commission, die schon heute eine Vorberathung gehalten hat, besteht, so viel ich vernehmen, außer Hrn. v. Willisen, aus den Regierungsmitgliedern: Oberpräsident v. Beurmann und Regierungspräsident v. Kries; aus den Polen: Graf M. Nieszynski, v. Potworowski, Dr. Libelt und Stefanski; und aus den Deutschen: Gutsbesitzer v. Treslow, Landgerichtsrath Küttner, Justizrath Neumann (zum Secretair designirt, der jedoch abgelehnt hat) und dem Kreischirurgus Grunwald. Die Volksversammlung bringt für Letztern und für den sich weigernden Justizrath Neumann den Regierungsrath Viebig und den jüdischen Kaufmann Kaas in Vorschlag.

Einige Stunden nach der Willisen'schen Proclamation erschien eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten v. Beurmann und des commandirenden Generals v. Colomb folgenden Inhalts: „Durch Aufruf, durch Reden und Gespräche hat man euch, Bewohner des Großherzogthums Posen, veranlaßt, die Waffen in die Hand zu nehmen und euch auf ein gegebenes Zeichen zu versammeln. Diejenigen, die euch das gesagt oder befohlen haben, bilden nicht eure Obrigkeit. Euer oberster und erster Herr ist der König, und eure Obrigkeit sind die Behörden, die dazu ausdrücklich eingesetzt sind. Diese befehlen euch nun auf Grund der Gesetze, die Waffen niederzulegen und euch nicht in großer Anzahl zu versammeln etc.“; der Schluß lautet: „Legt ihr die Waffen, Senfen etc. nicht nieder, versammelt ihr euch dennoch zu Hunderten, um den Behörden und dem Militair zu trotzen, so setzt ihr euch harten Strafen aus.“ Nach dem Städtchen Schroda, wo etwa 4000 Kossinieren (Sensenträger) eine Art Lager bezogen haben, sollten schon gestern die nöthigen Streitkräfte zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung von hier abgehen; indessen ist das noch nicht geschehen, weil man nach dem Wunsche des Hrn. v. Willisen noch einige Tage anstehen will, um erst den Erfolg der Proclamation abzuwarten. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Leute friedlich auseinandergehen werden, und so dürfte es daselbst leicht zu einem blutigen Zusammenstoße kommen. Ebenso steht es bei der Stadt Trzemeszno, wo circa 5000 Kossinieren versammelt sein sollen. Nach wenigen Tagen müssen also die hiesigen Differenzen zur Entscheidung kommen. In der Provinz wird von den Polenhausen bereits arg gehaust, sie brandschlagen die Einwohner und requiriren ohne weiteres Lebensmittel und Pferde; ja auf der Post in der Stadt Breschen haben sie gestern sogar eine an die Regierung adressirte Summe von 400 Thlr. weggenommen. Dieser Zustand von Auflösung und Anarchie muß durchaus ein Ende nehmen. Soeben geht hier die Kunde ein, daß auch in der Kreisstadt Samter, vier Meilen von hier, bedenkliche Unruhen ausgebrochen seien. Unsere militairische Besatzung hat sich noch vermehrt, indem heute Nachmittag noch das siebente Landwehrregiment aus Schlessien hier eingerückt ist; dagegen hat die einheimische Landwehr gestern unsere Provinz verlassen. Aus dem Königreiche Polen ist die auffällige, jedoch verbürgte Nachricht hier eingetroffen, daß die Russen ihre Truppen wieder von der Grenze mehr ins Innere des Landes zurückziehen. Man kann sich diese Erscheinung hier nicht erklären, meint aber, man wolle dadurch nur die hiesigen Insurgenten zum Einfall ins Königreich verlocken, um sich ihrer dann sofort zu bemächtigen.

\* Bromberg, 7. April. Ein von dem polnischen Nationalcomité an das hiesige königl. Oberlandesgericht gerichtetes Schreiben lautet wörtlich folgendermaßen:

Posen, den 1. April 1848. Das polnische Central-Nationalcomité des Großherzogthums Posen. An ein hochlöbliches Oberlandesgericht zu Bromberg. Nach den dem Nationalcomité zugegangenen Nachrichten steht Rußland in bedrohlicher Stellung an der Grenze. Die Aufregung im Großherzogthum Posen hat einen hohen Grad erreicht und die Communicationen sind zum Theil schon unterbrochen. Da es nun jetzt nicht an der Zeit ist, an gerichtliche Geschäfte zu denken, so ersucht das Comité ein hochlöbliches Oberlandesgericht ergebenst: vom heutigen Tage an das Juristitium sofort zu verkündigen. Jarochowski. H. Prusinowski. W. Stefanski. Sloraszewski. Mertewski. Krotowski. Palasz Jan. Schmamm. R. W. Berwinski. Moraczewski. Libelt.

Wir r  
nif gelang  
ten Comité  
Lüge, die  
der finstern  
Wir fragen  
Gewalt an  
wenn Erm

Die  
um ihre  
gar nicht  
an allen  
Trägern de  
gestellt wer  
Gerüchte g  
geprahlte  
Nachts übe  
Todesstrafe  
sich die Wi  
nischen Wi  
leute entris  
ten haben  
Des Nachts  
wieder, un  
sichern, da  
deutschen  
diese Peini  
Mittel der  
haben. Es  
Stimme —  
abgetrennt  
werde, dam  
kann. Ma  
dungen sich  
Was würd  
gen! Auch  
Kreise des  
Unglück an  
Geschichte  
nische Gesch  
ihre dort les  
andern Sch

Schließ  
scherseits a  
wahrnehmer  
dies ist jed  
Preußen ein  
und Deutse  
verwickelten  
Heuchelei,  
vollständigst  
berichtetem  
nicht zu en  
Ordnung, d

Koble  
hier eingetr  
siger Umgeg  
befördert, r  
hungen zu  
giments soll  
Bauern in

Wien,  
heute wieder  
Coernig reis  
zum Fried  
sere Dynasti  
sches solcher  
der österreich  
+ Grätz  
in Wien aus  
neten ihre  
in Brand ge  
bei verschlo  
Pöbel geprü  
jedoch mit  
kräftigt ver  
womit diese

Wir wußten anfangs nicht, als dieses Schreiben zu unserer Kennt-  
niß gelangte, ob wir mehr über die lächerliche Annahme des gedach-  
ten Comité erstaunen, oder entrüstet sein sollten über die schwachvolle  
Lüge, die in Bezug auf eine russische Invasion hier zum Deckmantel  
der finstern Wege dieser Leute an die Spitze des Antrags gestellt wird.  
Wir fragen, warum jagt man diese Comité-Leute, die sich eine amtliche  
Gewalt anmaßen, als Ruhestörer nicht aus einander oder sperrt sie ein,  
wenn Ermahnungen nicht fruchten, die Unsinnigen im Zaume zu halten?

Die jesuitischen Kunstgriffe, deren sich die polnische Partei bedient,  
um ihre Zwecke zu erreichen, sind für ein deutsches offenes Gemüth  
gar nicht faßbar! Ueberall wird Bruderliebe vorgespiegelt, während sich  
an allen Orten hundertfache Excesse ereignen, die heuchlerisch von den  
Trägern der Partei mit gleichnerischen Worten als Zufälligkeiten hin-  
gestellt werden. Kommt her zu uns, ihr entfernten, durch lügenhafte  
Gerüchte getäuschten Deutschen, und sehet den Gräuel an, den die  
gepöhlte Bruderliebe hier anrichtet. Sehet, wie friedliche Bürger des  
Nachts überfallen, beraubt, fortgeschleppt und unter Androhung von  
Todesstrafe gezwungen werden, den räuberischen Banden zu folgen, die  
sich die Wiederhersteller des Vaterlandes nennen. Die ansässigen pol-  
nischen Wirthsleute, die unter preussischer Herrschaft der Krute ihrer Edel-  
leute entrissen worden sind und das freie Eigenthum ihrer Höfe erhal-  
ten haben, denken nicht daran, sich diesen Umtrieben anzuschließen.  
Des Nachts fliehen sie in die Wälder und kehren erst des Morgens  
wieder, um so dem drohenden Menschenraube zu entgehen. Wir ver-  
sichern, daß unter der deutschen Bevölkerung, namentlich in unserm  
deutschen Reichsdistricte hier, eine solche fürchterliche Erbitterung gegen  
diese Peiniger herrscht, daß nur das Ansehen und die beruhigenden  
Mittel der Behörden bisher einen förmlichen Bürgerkrieg verhindert  
haben. Es thut aber noth — und wir erheben laut unsere warnende  
Stimme — daß schleunig der Reichsdistricte vom Großherzogthume Posen  
abgetrennt und einer eignen provisorischen Verwaltung übertragen  
werde, damit sofort die Einverleibung in den Deutschen Bund erfolgen  
kann. Man will hier keine polnische Regierung, deren feindliche Bemü-  
hungen sich so ziemlich den Gräueln des Dreißigjährigen Krieges nähern.  
Was würde erst eine polnische Verwaltung für entsetzliche Früchte tra-  
gen! Auch jede polnische Reorganisation der überwiegend polnischen  
Kreise des Großherzogthums wird von allen Denen als ein offenklares  
Unglück angesehen, die überhaupt etwas Kenntniß von der polnischen  
Geschichte haben. Blickt doch, ihr Verblendeten, zurück in die pol-  
nische Geschichte der letzten Jahrhunderte! Es ist die Gegenwart, die  
ihr dort leset. Ueberall dieselben Zustände, nur das Gewand hat einen  
andern Schnitt erhalten. Ergreift euch noch kein Grauen?

Schließlich kann versichert werden, daß von einem Angriffe russi-  
scherseits auf Preußen oder von Vorbereitungen dazu sich nichts  
wahrnehmen läßt. Die Grenze ist etwas schärfer bewacht als früher,  
dies ist jedoch natürlich und nur eine gleiche Maßregel, wie sie von  
Preußen eingeschlagen worden ist. Uebrigens sind wir alle Deutsche  
und Deutschgesinnte der festen Hoffnung, daß aus den jetzigen  
verwickelten Verhältnissen ein reicher Segen entspringen werde. Die  
Heuchelei, die sich in Schafskleidern unter uns mischt, ist auf das  
vollständigste entlarvt, und die Heuchler werden der ihnen vor-  
bereiteten Rache, d. h. der ihnen zugebachten offenkundigen Verachtung  
nicht zu entgehen vermögen. Wahrheit, Freiheit, Gesechlichkeit und  
Ordnung, das ist hier aller Guten Wahlspruch.

**Koblenz**, 8. April. Vorgestern wurden auf zwei in der Nacht  
hier eingetroffene Eskadetten schleunigst zwei Compagnien des in hie-  
siger Umgegend stationirten 27. Infanterieregiments nach Braunfels  
befördert, wo die Bauern wieder in Massen den Fürsten durch Dro-  
hungen zu Concessionen zu bewegen suchen. Ein Bataillon dieses Re-  
giments soll nach dem Hunsrück aufgebrochen sein, wo ebenfalls die  
Bauern in größter Aufregung begriffen wären. (D. P. A. 3.)

**Oesterreich.**

**Wien**, 9. April. Mit befriedigender Antwort ziehen die Polen  
heute wieder nach Haus. — Hartig und, wie wir hören, auch Hofrath  
Goernig reisen nach Italien, mit unbeschränkten Vollmachten  
zum Friedensschlus ab, und so wäre denn ausgesprochen, daß un-  
sere Dynastie nicht weitere Menschenopfer an die Herrlichkeit des Be-  
sitzes solcher Kronen wagen will, für deren Behauptung das Stammvolf  
der österreichischen Monarchie keinerlei Sympathie zeigt. (B. 3.-H.)

**Grätz**, 6. April. Gestern sind auch hier Volkstumulte wie  
in Wien ausgebrochen, und Brand und Eigenthumsverletzungen bezeich-  
neten ihre Spur. Das Mauthgebäude an der eggenberger Linie wurde  
in Brand gesteckt, um eine Gefallenwache, die aus dem Fenster feuerte,  
bei verschlossenen Thüren zu verbrennen. Bäckerläden wurden vom  
Pöbel geplündert, welcher auch gegen die Fleischer heranzog, die sich  
jedoch mit geschwungenen Weilen, unterstützt von der Nationalgarde,  
kräftigst vertheidigten. Die Unzufriedenheit mit dem neuen Preßgesez,  
womit diese Volkshese freilich in keiner Berührung steht, das aber von

den Leitern der Bewegung, den Studenten, zur Schilderhebung benutzt  
worden, war der nächste Grund dieser Excesse, in Folge deren die Ent-  
fernung des Bürgermeisters sowie des Gouverneurs verlangt worden  
ist. Um den Unordnungen zu steuern, ist das Standrecht publicirt worden.

**Kufstein**, 2. April. Gestern um 3 Uhr Nachmittags wurden in  
Folge des vom Kaiser erlassenen Amnestiedecrets die in der hiesigen  
Festung verwahrten zehn politischen Gefangenen (Polen) in Frei-  
heit gesetzt. Ihr erster Gang war zur Kirche, um im Gebete Gott und  
dem gütigen Kaiser für ihre Befreiung zu danken. In Anwesenheit  
des größten Theiles der freudig bewegten Einwohnerschaft der Stadt  
Kufstein wurde in der Kirche vom Chorregenten unter Orgelbegleitung  
die Volkshymne gesungen, und den Begnadigten nach dieser rührenden  
Scene vom Garnisonskaplane der heilige Segen ertheilt. (Vir. Bote.)

**Presburg**, 7. April. Die Deputirtentafel hat in ihrer  
eben geschlossenen Sitzung dem Ministerium einen Credit von 10 Mill.  
Fl. zur Fortsetzung der Eisenbahnarbeiten und der Theisregulirung be-  
willigt. Der Minister der Communicationen, Graf Stephan Széchenyi,  
beseitigte in einem lichtvollen Vortrag alle erhobenen Schwierigkeiten.  
— Der Finanzminister L. Kossuth, welcher mit dem Premierminister  
L. Batthyanyi vorgestern nach Wien reiste, ist heute wieder hier ein-  
getroffen; Batthyanyi befindet sich noch in Wien. — Die Robothen  
hätten gesechlich erst nach der erfolgten königl. Sanction des diesfälli-  
gen reichstäglischen Beschlusses aufhören können. Aber kaum erfuhren  
die Bauern von diesem, als sie auch alle Dienstverhältnisse einstellten.  
Der Premierminister ermahnte in einem Rundschreiben alle betreffenden  
Jurisdictionen, die Bauern wegen solcher Weigerungen nicht zu behelligen.

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

**Handel und Industrie.**

**Börsenbericht.** \*Leipzig, 11. April. Leipzig-Dresdner Eisenbahn-  
actien 90 Br., 88 G.; Sächsisch-Bairische 75 1/2 Br., 75 bezahlt; Säch-  
sisch-Schlesische 62 bezahlt; Chemnitz-Rieser 24 1/2 G.; Löbau-Bittauer 24 3/4  
G., 24 1/2 bezahlt; Magdeburg-Leipziger 185 Br.; Berlin-Anhaltische Litt.  
A. 80 G.; Köln-Mindener 63 1/2 bezahlt; Altona-Kieler 82 Br.

**Hückeburg**, 1. April. In der heutigen zweiten Verlosung der fürstl.  
Schaumburg-Lippeschen Prämiensteine kamen folgende 22 Serien heraus:  
Nr. 56, 104, 179, 210, 256, 426, 463, 490, 518, 556, 589, 623, 640,  
759, 864, 1031, 1042, 1043, 1079, 1121, 1154, 1196.

**Eisenbahn.** Kassel, 4. April. Gestern wurde die Friedrich-  
Wilhelms-Nordbahn von Grebenstein bis Karlshafen durch eine officielle  
Probefahrt eröffnet.

**Eisenbahn.** Leipzig-Dresdner Bahnfrequenz und Einnahme  
vom 2. bis 8. April 1848:

6,318 Personen	5,231	27	Rgr. — Pf.
Güter excl. Post- und Salzfracht	3,902	3	5
und magdeburger Antheil	9,134	—	5

(Vom 1. Jan. — 8. April 91,513 Personen, Einnahme 120,129 Rgr. 27 1/2 Pf.)

**Verkehr deutscher Eisenbahnen. (Vgl. Nr. 99.)**

a) Im Februar d. J.			
27) Badische Staatsbahn: 126,206 Pers., 120,495 Etr. 52 Pfd.	54,154	4	Egr.
28) Main-Neckar-Bahn: 41,479 Personen, 24,506 Etr.	15,285	12 1/2	
29) Niederschlesisch-Märkische: 30,768 P., 139,350 Etr. 4 Pfd.	93,112	24 1/8	
30) Odenburg-Wiener-Neustadt: 5481 Pers., 48,205 Etr. 66 Pf.	4859	11	
31) Stettin-Stargard-Posen: 8435 Pers., 60,881 Etr.	9380	5 1/2	
Summa 27—31: 212,369 Pers., 393,438 Etr. 22 Pfd.	176,791	27 1/2	
1—31: 825,988 Pers., 2,317,257 Etr. 13 Pfd.	878,416	18	
b) Im März d. J.			
1) Berlin-Anhaltische:	52,706	—	
2) Breslau-Schweidnitz-Freiburg: 13,180 Pers., 112,732 Etr. 47 Pfd.	14,176	12 1/2	
3) Kaiser-Ferdinands-Nordbahn: 64,455 Pers., 347,377 Etr.	173,709	11	
4) Stettin-Stargard-Posen: 11,844 Pers., 79,018 Etr. 81 Pfd.	12,687	14 1/2	
5) Taunusbahn: 40,694 Pers., 19,986 Etr.	14,429	10 1/2	
Summa 1—5: 130,173 Pers., 559,114 Etr. 18 Pfd.	267,608	18 1/2	

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

igen Tages  
commissars,  
die Polen,  
bestürzt und  
sfe erwartet  
beiwertem  
falls einen  
daß es ihm  
zu entwir-  
Die Deut-  
mit großer  
nirt wurde;  
unkte über-  
ommission,  
und erklärte  
nission, die  
iel ich ver-  
ern: Ober-  
; aus den  
und Ste-  
ndgerichts-  
der jedoch  
soverfamm-  
rath Neu-  
ann Kaab  
schien eine  
common-  
Aufrufe,  
roßherzog-  
und auch  
auch das  
er oberster  
Behörden,  
auf Grund  
er Anzahl  
en, Sen-  
n, um den  
ten Stra-  
Koffinieren  
gestern die  
nung von  
man nach  
ehen will,  
ist jedoch  
ehen wer-  
mmenstoße  
circa 5000  
üssen also  
Provinz  
hagen die  
ferde; ja  
eine an  
en. Dieser  
nehmen.  
Samter,  
Unsere  
Nachmit-  
eingerückt  
ovinz ver-  
verbürgte  
ieder von  
kann sich  
dadurch  
oden, um

# A n k ü n d i g u n g e n.

## Bekanntmachung.

Der unterzeichnete Handelsvorstand hat bei der hohen Staatsregierung den Antrag gestellt, zu Unterstützung des inländischen Fabrikstandes eine Summe zu bewilligen, welche insbesondere zu Vorschüssen auf Waaren inländischer Fabrikanten verwendet werden soll, um dadurch auch zur Fortbeschäftigung der Arbeiter Gelegenheit zu geben. Dieser Antrag ist genehmigt worden und soll demnächst durch ein besonderes Comité in Ausführung gebracht werden, wovon der Handels- und Fabrikstand hierdurch vorläufig in Kenntniß gesetzt wird.

Leipzig, am 10. April 1848.

[1209]

Der Handelsvorstand.

[1216]

## Museum.

Petersstraße Nr. 41, Hohmann's Hof, 1<sup>te</sup> Etage,  
gegenüber dem Hôtel de Russie.

Von früh 8 bis Abends 10 Uhr geöffnet.

Einlaß-Bedingungen.

Für neun Monat 6 Thlr. — für sechs Monat 5 Thlr. — für drei Monat 2 $\frac{1}{2}$  Thlr. —  
für einen Monat 1 Thlr. — für eine Woche 10 Ngr. — für einen Tag 5 Ngr.

## Logarithmisch-trigonometrische Hilfstafeln.

Ein zur Horizontalprojection der auf schiefen Ebenen gemessenen Längen, wie auch zu nivellitischen und markscheiderischen Arbeiten unentbehrliches Handbuch für Geometer, Markscheider, Ingenieure, Chaussee- und Wasserbaubeamte.

Berechnet und herausgegeben von

**J. V. MASSALOU.**

Gr. 8. (84 Bogen.) Geheftet 3 Thlr. 18 Ngr., dauerhaft gebunden 4 Thlr.

Ein Tabellen-Werk wie das gegenwärtige war bis jetzt noch nicht vorhanden. Durch dasselbe werden sowohl für die Chartirung gebirgiger Gegenden wie auch für nivellitische und markscheiderische Arbeiten die zeither dabei unerlässlich gewesen logarithmisch-trigonometrischen Berechnungen **gänzlich entbehrlich** gemacht, indem nur ein Nachschlagen in demselben erforderlich ist, um für jeden denkbaren Fall das gesuchte Resultat sofort und zwar bis auf  $\frac{1}{1000}$  Theil der Ruthe genau berechnet zu erhalten. Das Werk empfiehlt sich daher selbst seines wirklich praktischen Nutzens wegen.

Leipzig, im April 1848.

[1217]

F. A. Brockhaus.

Bei Robert Blum & Co. in Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

## Die geheimen Pläne der Jesuiten der Neuzeit.

Von einem Jesuiten (Vincenzo Globerti), italienischem Priester.

Nach Board in französischer Bearbeitung übersetzt von **S. Bertholdi**. Mit einer Einleitung von **Robert Blum**. 8. (23 Bog.) Pr. eleg. brosch. 1 Thlr.

Das Buch Globerti's hat und wird in der ganzen gebildeten Welt das größte Aufsehen erregen, indem es den letzten Schleier von den Verbrechen und Absichten der Jesuiten herabreißt. Die „frommen Väter Jesu“ haben in unsern Tagen eine große Niederlage erlitten — es ist wahr. Aber sehe man zu, daß sie sich nicht erholen. Denn „wie Hunde wird man uns verderben, wie Adler werden wir uns verjüngen.“ Die Enthüllungen Globerti's werden dazu beitragen, daß die erwachte Menschheit nicht wieder in die Rege fällt, mit denen die Jesuiten sie umstellt.

[1196]

## Lehrerverversammlung in Leipzig.

Eine Lehrerverammlung zu Zwickau hat am 9. d. M. beschlossen, in einer **Osterdienstag den 25. April zu Leipzig** früh 10 Uhr im Saale der Bürgerschule abzuhalten den allgemeinen Lehrerverammlung die der Staatsregierung vorzulegenden leitenden Grundsätze für Reform des gesammten Volkserziehungswesens parlamentarisch zu beraten, und den unterzeichneten Comité mit Entwerfung eines Programmes beauftragt, welches demnächst durch den Druck veröffentlicht werden soll. Sachsens Lehrer in Volksschulen, Bürger- und Realschulen, Seminarien und Gymnasien, sowie andere Freunde der Volkserziehung werden hierdurch eingeladen, zu erscheinen, Lehrerconferenzen gebeten, Deputirte zu senden. Wir hoffen, daß auf unsere Bitte Leipzigs Bewohner den hier etwa übernachten wollenden fremden Lehrern gastfreie Aufnahme gewähren werden, und ersuchen solche, desfallige Anmeldungen zuvor bei **S. Kell** (Kreuzstraße Nr. 1) oder **Dr. Vogel** (Bürgerschule) in Leipzig zu machen.

Der Comité: **Bräuer**, Lrnlehrer in Zwickau; **Rector S. Kell**, Redacteur der Sächs. Schulz. in Leipzig; **Oberlehrer Dr. Köhly**, Gymnasiallehrer in Dresden; **Dr. Vogel**, Director der Bürger- und Realschule in Leipzig.

[1194]

## Ausverkauf.

Leipzig, im April 1848.

Wegen Auflösung der unterzeichneten Handlung soll das vollständig sortirte Lager derselben von **Englischem Tüll und Spitzen**, mit ansehnlichem Rabatt auf die Nottinghamer Preise verkauft werden.

[1197—99]

Friedrich Gericke.

In meinem Verlage erschien:

## Deutsche Monarchie oder Republik?

Von

**Carl Wilhelm Ernst Heimbock.**

Preis 3 Sgr.

Jena, am 1. April 1848.

[1189]

C. Hochhausen.

Soeben hat die Presse verlassen und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

## Der Umsturz des Julithrones.

4 Bogen Octav. Geheftet. Preis 6 Ngr.

Ich glaube auf diese neue literarische Erscheinung um so mehr aufmerksam machen zu dürfen, als sie nicht bloß einen aus den zuverlässigsten Quellen gezogenen gedrängten Bericht über die Vorgänge der drei Februartage, sondern auch eine die Vorbedingungen dieser Revolution entwickelnde Betrachtung und einen Einblick auf die für das übrige Europa, zunächst aber für Deutschland hieraus erwachsenden Möglichkeiten enthält.

Nürnberg, im März 1848.

[973—75]

Fr. Campe.

## Das Augustusbad bei Madeberg

unweit Dresden, dessen bekannte Heilkraft und Einrichtungen aus der Schrift des Hrn. Geh. Med. Rath Dr. Choulant und der des Hrn. Badesinspectors Sperco zu ersehen wird

am 1. Mai

eröffnet. Bestellungen wegen Wohnungen übernimmt Hr. Sperco daselbst.

[1096—97]

## Bekanntmachung.

Das der Brauerei in Herzberg a. E. zugehörige **Brauhaus** (frühere Kloster), in dem seit dem Jahre 1825 die Brauerei schwinghaft betrieben worden, soll mit Inventar öffentlich meistbietend verkauft oder, falls die Gebote nicht annehmbar, mit der Ausübung des Krugverlagsrechts über 19 Dörfer von Michaelis d. J. ab, anderweit auf 6 Jahre verpachtet werden.

Wir haben dazu einen Termin auf **den 12. Mai, Vormittags 10 Uhr**, anberaumt, und wird von unserm Rentanten Herrn **Kühne** jede Auskunft auf portofreie Anfrage bereitwilligst ertheilt.

Herzberg a. E., den 28. März 1848. [1035—36]

## Local-Veränderung.

Comptoir von

**Otto Schmidt**

und Haupt-Agentur der **Londoner Lebensversicherungs-Gesellschaft für Gesunde und Kranke**

von heute an:

Markt Nr. 10 (Kaufhalle), Treppe A.  
Leipzig, den 5. April 1848. [1158—60]

## Geschäfts-Verkauf.

Ein in lebhafter Lage hiesiger Stadt befindliches, **vorzüglich gut** rentirendes Detail-Geschäft, besonders für Droguisten geeignet, zu dessen Uebernahme circa 4500 Thlr. erforderlich sind, ist wegen beabsichtigter Veränderung des Besitzers sofort zu verkaufen. Recelle Käufer erfahren Näheres durch

Advocat **Friedrich Franke**,

Burgstraße Nr. 27.

Leipzig, am 8. April 1848. [1176—77]

Die Beilage zur heutigen Nummer wird heute Abend 7 Uhr ausgeben!



## Ueberblick.

**Deutschland.** Leipzig. Die Störungen im Handel.  
**Oesterreich.** Studentendeputation aus Wien in Pesth. — Die russisch-polnische Grenze. — Bedrohung von den Türken. Die Montenegriner. Solten. Das Armeecorps. Wien. Die Operationsarmee. — Venedig und Mailand.  
**Schweiz.** Das Bettlin. Der Vorort. Verbrüderungsfest in Basel.  
**Italien.** Basel. Chambéry. — Der Herzog von Parma. — Ferrara. — Rom. Adresse an den Papst. \* Rom. Die Jesuiten. Die Sbirren. H Neapel. Der Besuv. Die Bewegung.  
**Frankreich.** Die provisorische Regierung. Die Eisenbahnen. Die Bank. Hr. Fould. Bürgerhut. Die Miethen. Herzog d'Harcourt. Toulouse. Chambéry. Paris. Das Kriegsministerium. Die Demoralisation der Armee.  
**Großbritannien.** Parlament. Die Königin. Die Quartaleinnahme. Die Löschmannschaft in London.  
**Niederlande.** Aus dem Haag. Fürst v. Metternich. Rindviehseuche.  
**Dänemark.** Schifffahrt.  
**Griechenland.** Athen. Die Zustände.  
**Moldau und Walachei.** \* Bukarescht. Aufregung.  
**Neueste Nachrichten.**  
**Handel und Industrie.**  
**Ankündigungen.**

## Deutschland.

Leipzig, 10. April. Wie kein Licht ohne Schatten denkbar ist, so gibt es auch kein Ereigniß, welches neben dem Vortheil, den es einerseits bietet, andererseits nicht auch Nachtheile im Gefolge hätte. Es ist demnach nur der natürliche Gang der Dinge, wenn die Errungenschaften der Neuzeit, welche wir jubelnd begrüßen, doch auch durch Verluste getrübt werden, wenn sie uns in ihren Folgen Segen verkünden, für den Augenblick aber Nachtheile bereiten, und es kann uns nicht befremden, zu sehen, wie die nachtheiligen Einwirkungen der Zeitereignisse sich bereits vielseitig und ganz besonders im Handel fühlbar machen. Mangel an Vertrauen in das Bestehen der dormaligen Verhältnisse zerstört den Credit und veranlaßt das Zurückziehen der dem Handel geliehenen Capitalien, worunter zunächst die Bankiers leiden; während die ihnen von Privaten überlassenen Gelder gekündigt werden, mehren sich andererseits die Anforderungen der Fabrikanten an ihre Kassen. Die Fabrikanten sind dazu gezwungen, weil in Folge der Ereignisse ihr Absatz und namentlich auch der Eingang ihrer Aufträge stockt, sie aber, um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, so viel als möglich fortarbeiten lassen möchten, wozu sie nothwendig der Kassen der Bankiers bedürfen, die jedoch, und namentlich in Sachsen, solchen Anforderungen nicht entsprechen können, wenn ihnen der Zufluß abgeschnitten oder die bisher besessenen Capitale gar entzogen werden. — Ein solches Misverhältniß kann nicht von langer Dauer sein, der Bruch muß erfolgen, wenn nicht schnelle und kräftige Hülfe eintritt, und leider beklagt unser Platz bereits in der Zahlungseinstellung eines unserer ersten Bankhäuser (bei einem Ueberschuß von circa 400,000 Thlr.) das erste Opfer dieser Krisis: ein Opfer, welches um so größere und innigere Theilnahme erregt, als nicht nur der Gefinnung und Handlungsweise jenes Hauses die vollste Anerkennung zu zollen, sondern auch dieser Fall in seinen Folgen und in jegiger Zeit um so wichtiger ist, da es mit der Mehrzahl der inländischen Fabrikanten in Verbindung stand und die sächsische Industrie, wie allgemein anerkannt wird, mit großer Zuverlässigkeit unterstützte. Es drängt sich uns nun zunächst die Frage auf: welche Rückwirkung dieses Ereigniß auf unsere inländische Fabrikation äußern werde? und wir müssen uns leider gestehen, daß die Folgen dormalen noch gar nicht abzusehen sind, jedenfalls aber um so nachtheiliger sein werden, als es den Fabrikanten kaum gelingen dürfte, für den ihnen hierdurch entfallenden Credit Ersatz bei andern Bankhäusern zu finden, deren Mittel, selbst in ruhigen Zeiten und bei geregelter Geschäftsgänge, kaum hinreichen, den an sie gemachten Forderungen zu entsprechen. Es werden sich daher viele unserer Fabrikanten genöthigt sehen, ihre Productionen noch mehr einzuschränken, als es bisher schon geschehen ist, und ihre Arbeiter zu entlassen. Die Ueberfüllung in den Fabrikgegenden macht es selbst beim besten Willen unmöglich, alle müßig werdenden Hände beim Landbau oder bei öffentlichen Staatsbauten (Privatbauten gibt es dormalen so gut wie gar nicht) zu beschäftigen, und es steht allen Ernstes zu befürchten, daß der Geist der Unordnung und Geselofigkeit in zügellose Gewaltthat und Roheit ausarten werde, wovon wir die ersten Ausbrüche in jenen Gegenden bereits erlebt haben und die selbst bei dem energischsten Einschreiten kaum ganz zu unterdrücken sein werden, wenn die Arbeitslosigkeit um

sich greifen sollte. Sind die Schranken aber einmal durchbrochen, so dürfte es eine Unmöglichkeit sein, den Strom bald wieder in sein ursprüngliches Bett zurückzuführen.

Sollte nun unter solchen drohenden Umständen nicht der Staatsregierung die Verpflichtung obliegen, schnell helfend einzuschreiten? Es handelt sich hier nicht darum, Einzelinteressen zu fördern, nicht darum, einem Hause zu helfen, sondern es gilt Verlegenheiten vorzubeugen, welche einem großen Theil unsers Landes, welche Sachsens Industrie und Handel, als den Hauptträgern unsers Wohlstandes, drohen, es gilt die Pulsader unserer Wohlfahrt vor einem Schlage zu bewahren, der, wenn er einmal getroffen hat, unsere Blüte auf längere Zeit vernichten müßte. Wir sehen die Zukunft sehr trübe, wenn nicht schnell und kräftig geholfen wird, glauben demnach behaupten zu dürfen, daß die Staatsregierung nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sei, selbst mit Ueberschreitung der ihr durch das Staatsgrundgesetz gestatteten Gewalt die geeigneten Mittel zu ergreifen, und sind überzeugt, daß die Vertreter des Landes seiner Zeit um so eher das Geschehene genehmigen werden, als es früher schon in Verhältnissen von weit untergeordneter Bedeutung (wir verweisen auf den Bau der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn) geschehen ist. Zwar hören wir, daß bereits Schritte geschehen sind, daß vorerwähntem Bankhause unter gewissen beschränkenden Bedingungen eine Unterstützung gewährt werden soll, daß man die Errichtung einer Vorschussbank beabsichtigt, doch aber ist die dabei genannte Summe jedenfalls gänzlich ungenügend, um nachhaltig und durchgreifend zu wirken; dieselbe würde schnell vergriffen und dadurch die Kräfte nur noch mehr zersplittert werden.

Die österreichische Staatsregierung, auf deren Maßregeln wir nicht immer mit Vorliebe zu blicken gewohnt sind, hat in diesem Falle einen Weg eingeschlagen, der jedenfalls die vollkommenste Anerkennung verdient und den wir nachdrücklich zur Nachahmung empfehlen. Es hat dieselbe, unter Sicherstellung der hieraus etwa entspringenden und aus der Staatskasse zu deckenden Verluste, die Nationalbank in Wien veranlaßt, ein Vorschussamt zu errichten, wo den Kaufleuten und Fabrikanten die Mittel geboten werden, sich die zur Aufrechthaltung ihrer Geschäfte benötigten Gelder, die dormalen dort so wenig wie bei uns auf gewöhnlichem Wege zu erhalten sind, zu verschaffen. Die Grundzüge, nach denen jenes Amt verfährt, sind einfach und bestehen in Folgendem. Jede protokolirte Firma, also jedes rechtlich bestehende Geschäft, hat das Recht, aus der hierzu eröffneten Kasse, deren Mittel, wie bereits erwähnt, die Nationalbank beschafft, einen Vorschuß bis zu 40,000 Fl. C. M. zu erheben; zu dessen Deckung die eine Hälfte in Waaren, die andere in Wechseln angenommen wird. Die Waaren werden von einer zu diesem Behuf eingesetzten Schätzungscommission geprüft, deren Werth ermittelt und zwei Drittheile desselben, gegen Solawechsel und 5 Proc. jährl. Verzinsung, ohne sonstige Spesen oder Abzug auf sechs Monate als Vorschuß gewährt, dessen Verlängerung auf weitere Zeit zwar nicht ausgesprochen wurde, aber dennoch in Aussicht steht. Die Wechsel betreffend, deren Annahme die andere Hälfte bedingt, so wird zu deren Scontrirung nur gefordert, daß zwei protokolirte Firmen (also ansässige Häuser) auf denselben erscheinen.

Dies that Oesterreich für seinen Handel und seine Industrie, die beide im Verhältniß denen Sachsens nicht gleichkommen, dessen Wohlstand, wir wiederholen es, zum größten Theil von deren Aufschwung abhängt. Oesterreich bot ihnen so die Mittel, der gegenwärtigen, unerwartet schnell gekommenen Krisis vorzubeugen, und so Zeit zu gewinnen, sich wieder zu befestigen: sollte es da nicht doppelte Pflicht unserer Regierung sein, mindestens Dasselbe zu thun? Wir wollen uns nicht anmaßen, der Regierung, die wol die geeigneten Mittel zu ergreifen wissen wird, Vorschläge hierüber zu machen; wir sollten aber glauben, daß selbst ohne Herbeischaffung von Baarschaften, die jetzt auch unsere Regierung nicht im Ueberflusse haben wird, durch Vertheilung der Bank in ähnlicher Weise, wie dies in Wien geschah, zum Ziele gelangt werden könne. Wir dürfen uns das Zeugniß geben, nicht zu Denen zu gehören, die eben nur von der Regierung die Hülfe erwarten und verlangen; es wird uns doppelt schwer in einer Zeit wie die gegenwärtige ist, wo die Regierung ohnehin von allen Seiten mit Bitten und Anträgen bestürmt wird, ihr auch noch diese Verbindlichkeit zuzumuthen; allein die Gefahr ist groß, bringend, der Einzelne nicht im Stande, ihr zu begegnen und sie abzuwenden, und so bleibt kein Ausweg als die Hülfe der Regierung in Anspruch zu nehmen, die, wir hoffen es zuversichtlich, auch nicht ausbleiben wird.

Es wurde uns doppelt schwer in jegiger Zeit, wo mancher Unbefugte sich berufen glaubt, seine Stimme erheben und die Welt durch Rathschläge beglücken zu müssen, mit unserer Ansicht hervor- und herausfordernd aufzutreten; wenn wir aber bedenken, daß leider von Seiten des Handelsstandes bis jetzt nur selten Stimmen laut wurden, um

ublitz?

eimbach.

hhausen.

st durch alle

Des

S.

eis 6 Mgr.

sche Erschei-

zu dürfen,

verlässigsten

ber die Vor-

uch eine die

ckelnde Be-

das übrige

hieraus er-

mpe.

Bbad

rg

ellkraft und

Geh. Med.

Dra. Bader

übernimmt

1096—97]

ung.

a. G. zur

in dem seit

ft betrieben

bietend vers-

umbar, mit

er 19 Dör-

auf 6 Jahre

D Uhr,

nten Herrn

Anfrage be-

[1095—96]

ung.

Lebens-

Befunde

repppe A.

1158—60]

if.

efindliches,

Geschäft.

jen Ueber-

ist wegen

sofort zu

es durch

anke,

176—77]

lager der

die Not-

197—99]

dessen Interessen zu vertreten und auf etwaige Bedürfnisse und Uebelstände aufmerksam zu machen, es demnach der Staatsregierung kaum möglich ist, die wahre Lage des Handels kennen zu lernen (denn ein specielles Ministerium des Handels und der Industrie haben wir nicht), so hielten wir es nicht nur für gerechtfertigt, sondern sogar für unsere Pflicht, mit diesen Zeilen hervorzutreten, hoffend, daß dieselben nicht falsch verstanden, und wünschend, daß sie beachtet werden mögen, wie es die Wichtigkeit des Gegenstandes erheischt. Es handelt sich hier um die Beschäftigung Tausender von Arbeitern, die vielleicht brotlos werden dürften, welcher Umstand allein schon wichtig genug ist; es handelt sich auch darum, dem Staate im Handel Kräfte zu erhalten, die er später vielleicht nur zu nöthig gebrauchen wird, die aber, wenn einmal zerplittert, nicht so leicht wieder vereinigt und gestärkt werden können.

Wir können uns nicht bergen, daß bisher in Sachsen zu wenig für den Handel geschehen ist, und daß zu seiner Erhaltung eine kräftigere Vertretung nöthig ist, daß sein Gewerbswesen einer gänzlichen Umgestaltung bedarf, daß, mit Beseitigung des gegenwärtigen, auf veraltete Gesetze basirten Gerichtsverfahrens, eine zeitgemäße Handelsjustiz eingeführt und daß er überhaupt einer entsprechenden Umgestaltung entgegengeführt werden muß.

### Oesterreich.

In Pesth kam am 4. April eine Deputation von zehn Studierenden an, welche die wiener Universität mit einer Adresse an die ungarische Jugend entsendet hatte, nicht um Beistand nachzusuchen, sondern um sich der Sympathie ihrer Nachbarn im Osten zu versichern. Die Sprecher der Deputation, Minutoli, ein Oesterreicher, und Bleyer, ein Hamburger, hielten deutsche Anreden, die Antworten erfolgten in ungarischer Sprache. Den deutschen Reden begegneten die donnerndsten Eisens. Von Pesth begibt sich diese Deputation nach Ugram.

Von der galizischen Grenze, 3. April. Nachdem schon durch mehre Tage an der russisch-polnischen Grenze der Durchzug sehr erschwert wurde, ist derselbe am 30. März Abends ganz aufgehoben worden, sodaß gar kein Verkehr mehr stattfinden kann. Personen, welche von Krakau mit der Post abfahren, kamen in wenigen Stunden wieder zurück. Der Postwagen selbst wird gleich an der Grenze beim Schlagbaum aufgehalten, hier werden durch russische Beamte die Briefschaften in Empfang genommen, und dem österreichischen Postconducteur nicht einmal der Eingang in das nahe gelegene Wirthshaus gestattet. Nach den verläßlichsten Nachrichten stehen jetzt einige Armecorps in Russisch-Polen, jedes ungefähr 40,000 M. stark. Das uns am nächsten liegende Corps zwei Meilen von der österreichischen Grenze befehligt General Rüdiger, Stabscommandant ist General Engelhardt. (N. 3.)

Aus Zara vom 29. März schreibt man dem Journal des Oesterreichischen Lloyd: Wir leben hier in der größten Besorgniß. 20,000 Türken sollen im Anmarsch nach der Grenze sein und einen Einfall in unsere Provinz beabsichtigen. Eine Rote von Kroaten, Likanern und Albanen wollte die Stadt überrumpeln; aber noch zeitig genug unterrichtet, verschlossen wir die Thore und besetzten uns so gut es in der Eile möglich war, und dieselbe hat sich dann unverrichteter Sache zurückgezogen.

Cattaro ist von den Montenegrinern bedrängt, welche dort viele Häuser zerstörten und 80,000 Fl. raubten. — Nach Pago sind auf die Nachricht von einem dort ausgebrochenen Aufruhr Truppen von Cattaro abgesendet worden.

Botzen, 5. April. Das erste Armecorps hat sich an den Mincio zurückgezogen; auf morgen oder übermorgen ist hier das Generalcommando der lombardisch-venetianischen Truppen angesagt, es wird seinen Sitz innerhalb unserer Mauern aufschlagen. Ein Einfall der Piemontesen ist das Nächste, wovon wir bedroht sind, das Volk des trienter Kreises wird schon thätig durch Flugblätter bearbeitet. (N. 3.)

Wien, 7. April. Heute beginnt das unter dem Commando des Feldzeugmeisters Grafen Nugent stehende Corps am Isonzo seine Operationen. Dasselbe zählt 22,000 M. mit 100 Kanonen. Die Stärke der ganzen unter den Befehlen des Feldmarschalls Grafen Radetzky stehenden Operationsarmee im lombardisch-venetianischen Königreiche darf man mit Inbegriff der nunmehr hinzugekommenen Verstärkungen auf 100,000 M. schätzen. Die unter ihm stehenden Corpscommandanten sind: der General der Cavalerie Wallmoden, die Feldmarschallsleutenants d'Aspre, Schwarzenberg, Wratislaw und Wocher. Ferner der Feldzeugmeister Nugent mit dem Corps am Isonzo und Feldmarschallsleutenant Baron Welben als Commandant eines andern vorangetanen Corps von 4000 M. zur Deckung der Communication mit Tirol. Letzterer steht gegenwärtig in Trient und bewegt sich gegen Verona und Bassano. Die Hauptoperationslinie der Armee ist der Mincio, zwischen dem Gardasee und dem Po mit den vier Festungen Mantua, Legnago, Peschiera und Verona. (West. 3.)

Die Gazzetta die Venezia vom 2. April enthält nachstehende Decrete der provisorischen Regierung in Venedig: 1) Das Genie-departement, das eine Abtheilung des Hofbauraths in Wien bildete, ist

aufgehoben. 2) Die Nationalcocarde wird aus den drei italienischen Farben, nämlich Grün im Mittelpunkte, Roth am Rande und Weiß zwischen beiden, bestehen. 3) Der Zeitungsstempel wird abgeschafft. Aus weitem Decreten der provisorischen Regierung entnehmen wir Folgendes: 1) Auf jedem Exemplare einer Druckschrift muß der Name des Verfassers oder Verlegers angegeben sein; drei Exemplare sind abzuliefern, eins für die St.-Marcusbibliothek in Mailand, eins für die Bibliothek in Padua und eins für die Bibliothek in Mailand. 2) Jeder Angeklagte kann sich einen Verteidiger wählen und frei mit demselben berathen. 3) Die Bürger werden aufgefordert, mit der Zahlung der Steuern nicht im Rückstande zu bleiben. 4) Anstatt des Senats der obersten Justizstelle in Verona wird eine eigne Revisionscommission errichtet. 5) Das Volk wird ermahnt, seine Wünsche im Wege der Presse und der Petitionen, nicht aber durch tumultuarisches Lärmen zur Kenntniß der Regierung zu bringen.

Derselben Zeitung zufolge ist das Kanonenboot La Fulminante den 1. April von Rovigno, von wo es am 30. März Abends abging, im Hafen von Venedig angekommen. Ganz Istrien gab die besten Sympathien für die Republik zu erkennen, und erwartet mit Ungeduld nur eine günstige Gelegenheit, sich auszusprechen.

Am 4. April um 4 Uhr Nachmittags war die nachstehende Meldung, welche das Eisenbahninspectorat von Vicenza mit einem Extrazug einsendete, in Venedig eingetroffen: „Briefe und Reisende, welche aus der Lombardei in Vicenza angekommen, berichten vollkommen übereinstimmend über zwei Schlappen, welche die Oesterreicher in Chiari und in Montechiaro erlitten haben. Die dem Feind entgegengegangenen lombardisch-piemontesischen Freiwilligen waren sehr zahlreich und zählten 70 Kanonen. Einige wollen die Ueberreste von Regimentern gesehen haben, welche sich in einem traurigen Zustande gegen Verona zurückzogen. Karl Albert soll sich längs der Polinie bis Ottiglio ausgedehnt haben, um dann durch eine Schwenkung gegen Norden Mantua einzuschließen.“ Nebst obiger Nachricht liefert die Venetianer Zeitung vom 4 April in einer Nachschrift noch Nachstehendes: „Eine Escadron Reiterei und ein Detachement Infanterie, welche zur Fouragierung nach Monteforte unweit Montebello ausgerückt waren, sind von den dortigen Bauern zeitlich entdeckt worden. Man läutete die Sturmglocke und die Oesterreicher wurden in kurzem entwaflnet und gefangen genommen. In Vicenza sind die Freicorps aus Padua und Vicenza bereits organisiert; jene von Treviso stehen zu Cittadella in Bereitschaft, und die andern aus Bassano, Schio etc. werden morgen oder übermorgen geordnet sein. Die gesammte Linie zwischen dem Po und zwischen Montebello ist von den Einwohnern von Montagnara, Cologno, Lonigo etc. sehr wohl gehütet. Die Brücken und andern Verbindungswege sind daselbst abgebrochen. Im Laufe des heutigen Tages wird das gegen 1000 M. zählende Freicorps von Padua ausrücken und bei Montebello Posto fassen.“

Mailand. Das letzte Bulletin der provisorischen Regierung über die Kriegereignisse vom 2. April Abends enthält noch nichts Entscheidendes. Eine Abtheilung Piemonteser stand bereits in Brescia. 8000 Oesterreicher unter General Wallmoden hatten sich nach Mantua geworfen, wo nun über 10,000 Mann sein sollen: Um Verona herum sollen etwa 22,000 Mann sich sammeln. Die lombardischen Städte liefern größere oder kleinere Scharen Freiwilliger. General Radetzky droht in einem Schreiben den Bürgern von Brescia, mit 100,000 Mann vor ihre Stadt zu rücken, wenn sie den bei Desenzano gefangenen General Schönhals nicht freigeben. (N. 3.)

Mailand, 2. April. Nach Inhalt des heutigen Abendbulletins sind sechs für die Oesterreicher bestimmte Getreideschiffe am Po angehalten und nach Brescello gebracht worden; die 15 Köpfe starke Besatzung wurde von den Parmesanen gefangen genommen. Bei Suzara wurde ein mit Geld beladenes Fahrzeug erbeutet. Piacenza hat der „heldenmüthigen Stadt Mailand“ 2 Kanonen geschenkt. Das Kriegescomité in Brescia meldet, daß die Oesterreicher sich gestern Nachts nach Desenzano und Peschiera zurückgezogen haben. Am 27. März wurden 2000 Kroaten und 400 Uhlanen und Dragoner gefangen und ihnen Waffen und Pferde abgenommen. Bei Rivignano in der Nähe von Coderigo standen 10,000 Mann Bürgergarden, um 3000 Kroaten und 500 Cavalisten, die in Treviso und Cinesgiano capitulirt, den Durchzug zu verwehren. Da man ihnen jede Zuflucht abschchnitt, mußten sie auf freiem Felde auf der Straße nach Palmolo bivouaciren. Von Padua nach Montebello und Mantua setzten sich 1200 junge Leute unter Anführung des tapfern Borvaldi und mit 4 Kapuzinern an der Spitze in Bewegung. Die Oesterreicher concentrirten sich bei Verona, weil die italienischen Tiroler ihnen den Rückzug abschneiden.

Die Mailänder Zeitung vom 3. April berichtet, daß laut einer ihr zugekommenen Correspondenz bei Montechiaro ein Treffen stattgefunden habe, wobei 500 Oesterreicher getödtet und 300 verwundet wurden. 600 Tiroler, die dort standen, sollen ihren Major getödtet und sich den Italienern ergeben haben. (N. 3.)

Die  
der provi  
1) Es wir  
dessen Rü  
angefange  
wird abge  
herabgese  
wird aufg  
Das Casse  
drohen kan  
Geschäfte  
gericht, da  
Beschlerg  
Stelle and  
dritter Ins  
männliche  
errichtet, d  
herheit, d  
niums übe  
zuhören, bi  
18. März  
allen darau  
die Stadtp  
mit Ausna  
Bestande e  
chen Siche  
Commission  
hände und

Biel,  
noffenschaft  
les von un  
der Schweiz  
von Oester  
halten wur  
so manche  
dringend di  
hebt sich d  
woper Distr  
nien vorent  
13. April ei  
als kaum v  
n ö f f i s c h e  
Legion eine  
eidgenössisch  
erfüllen hal  
Gerüchte si  
Reaction g  
maßlich vor  
wörtlich be  
Gallens“ z  
mandi ist  
lombardisch  
märschen n  
ter dem B  
werden, au  
großes Be  
Basel statt,  
men werden

Basel  
französisch  
bemächtigt  
habe. Sie  
nen besetzt.  
auf, cernirt  
visorische M  
mirt.

— Nach  
doch verjagt  
— Laut  
reicher an d  
Gleiches, er  
dern geschel  
und das L  
bande gesch  
herausgeben  
men, um ih  
zu zwingen.

(N. 3.)

Die neuesten mailänder Blätter enthalten mehre Verfügungen der provisorischen Regierung, aus denen wir folgende hervorheben: 1) Es wird ein unverzinsliches Darlehen von 24 Mill. Lire eröffnet, dessen Rückzahlung in vier halbjährigen Raten, vom 1. April 1849 angefangen, aus der Kasse des Monte erfolgen soll. 2) Das Lotto wird abgeschafft. 3) Der Eingangszoll auf sardinische Weine wird herabgesetzt. 4) Das Verbot der Einfuhr von Waffen und Munition wird aufgehoben. 5) Die Banknoten sind außer Umlauf gesetzt. 6) Das Castell wird in soweit demolirt, daß es die Stadt nicht mehr bedrohen kann. 7) Die Provinzialdelegationen sind aufgelöst, und ihre Geschäfte den Centralcongregationen übertragen. 8) Das Appellationsgericht, das Civil-Justiztribunal erster Instanz, das Mercantil- und Wechselgericht, das Criminalgericht werden aufgelöst, und an deren Stelle andere provisorische Gerichtshöfe, darunter auch ein Gerichtshof dritter Instanz, errichtet. 9) Die Verfallzeiten der Wechsel und kaufmännischen Anweisungen werden verlängert. 10) Ein Staatsrath wird errichtet, dem, mit Ausnahme der Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, die Geschäfte des ehemaligen, nunmehr aufgelösten Suberaniums übertragen sind. 11) Das Läuten der Sturmglocken hat aufzuhören, bis Anzeichen drohender Gefahr eintreten. 12) Die Zeit vom 18. März an wird bis auf weitere Verfügung als Gerichtsstillstand mit allen daraus hervorgehenden Wirkungen erklärt. 13) Das Fiscalamt, die Stadtprätur, das Notariatsarchiv und die Notariatskammer werden mit Ausnahme einiger Personalveränderungen, in ihrem dormaligen Bestande erhalten. Das Comité für die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit hat eine aus Ingenieuren zusammengesetzte technische Commission ernannt, welche für die Ausbesserung der beschädigten Gebäude und für die Sicherheitsbarricaden zu sorgen hat.

### Schweiz.

**Biel, 7. April.** Der Canton Solothurn verlangt von der Eidgenossenschaft dringend die Reclamirung des Belletins, eines Gebirgsthales von ungefähr 100,000 Seelen, welches durch den Wiener Frieden der Schweiz zugesprochen war, jedoch trotz des Buchstabens des Vertrags von Oesterreich immer gewaltthätig allen Vorstellungen zum Trock gehalten wurde. Jetzt scheint die Zeit der Wiedervergeltung für diese und so manche andere Unbilde gekommen zu sein. Die Belletiner verlangen dringend die Vereinigung mit Graubünden. Aber auch im Westen erhebt sich der Sturm. Genf verlangt die Befestigung der neutralen savoyen Districte Chablais und Faucigny, welche ihm seiner Zeit Sardinien vorenthielt. — Der Vorort Bern hat die Tagsatzung auf den 13. April einberufen. Die Lage Italiens und Deutschlands läßt einen Krieg als kaum vermeidlich erscheinen. Auf übermorgen ist der gesammte eidgenössische Stab nach Bern berufen. Es ist möglich, daß unsere deutsche Legion eine andere Bestimmung erhält, nachdem viele Glieder derselben eidgenössische Bürger sind und nunmehr eine näher liegende Pflicht zu erfüllen haben. Die von gewissen Blättern über dieselbe verbreiteten Gerüchte sind ganz grundlos. Der Vorort hat nicht nur ein von der Reaction gewünschtes Einschreiten abgelehnt, sondern auch den muthmaßlich von der deutschen Diplomatie instruirten Stand St.-Gallen wörtlich bedeutet, der Vorort werde seine Pflicht „ohne die Lektion St.-Gallens“ zu erfüllen wissen. Der eidgenössische Oberstlieutenant Allemanti ist aus dem diesseitigen Stabe aus- und in die Dienste der lombardischen Republik getreten. 20,000 Neapolitaner ziehen in Eilmärschen nach Oberitalien. Man glaubt, daß König Karl Albert unter dem Bedinge, lebenslänglicher Präsident der Republik Italien zu werden, auf den Königstitel Verzicht leiste. Am 9. April findet ein großes Verbrüderungsfest zwischen Schweizern und Franzosen in Basel statt, an welchem auch Italiener, Polen und Deutsche Theil nehmen werden. (F. 3.)

### Italien.

**Basel, 7. April.** Nachrichten aus Genf berichten, daß sich eine französische revolutionaire Colonne, die von Lyon kam, Chambery's bemächtigt und ohne große Hindernisse dort die Republik proclamirt habe. Sie haben eine provisorische Regierung errichtet und die Kasernen besetzt. Zahlreiche bewaffnete Bauern aber brachen nach Chambery auf, cernirten die Kaserne und entwaffneten die Insurgenten. Die provisorische Regierung entfloh. Karl Albert wurde von neuem proclamirt. (F. 3.)

— Nach der Mailänder Zeitung wurde der Herzog von Parma nun doch verjagt.

— Laut Nachrichten aus Ferrara vom 26. März hatten die Oesterreicher an diesem Tage die große Kaserne S. Domenico geräumt, und Gleiches, erwartete man, würde binnen kurzem auch bezüglich der andern geschehen. Die Garnison zeigt eine sehr friedliche Stimmung, und das Offiziercorps hatte mit der römischen Civica Freundschaftsbande geschlossen. Nur das Artilleriecorps wollte die Festung nicht herausgeben, und deshalb wollten die Ferraresen eine Arbeit unternehmen, um ihr das Wasser abzuschneiden und sie so zur Nachgiebigkeit zu zwingen. (R. C.)

+ **Rom, 25. März.** Auf den Vorschlag von Rusconi aus Bologna ist von einer Versammlung italienischer Repräsentanten im Circus am 23. März folgende Adresse an den Papst berathen und angenommen worden: Allerheiligster Vater! Der Segen Gottes, der von Ew. Heil. für Italien erfließt ward, ist diesem Lande zu Theil geworden. Gott hat die hochherzige Stimme Erhöhung finden lassen, welche von der Höhe des Vaticans ihn um den Sieg der Unterdrückten, um die Erlösung eines Volks anrief. Heute ist Italien frei, Herr seines Geschicks, unabhängig, eine selbstständige Nation. Mit wunderbar freudeerfülltem Geiste wenden sich alle Italiener voll Vertrauens und Hoffnung an den edelmüthigen Papst, welcher die italienische Bewegung zuerst begonnen, und bitten ihn, sein heiliges Werk zu Ende zu führen. Die italienischen Völker tragen das Bewußtsein in sich, eine Nation zu bilden. Sie sind die Kinder ein und derselben Familie und verlangen danach das Bündniß der Liebe und Brüderlichkeit, indem sie sich um ihren Vater, ihren Befreier scharen, zu schließen. Zu dem Behufe bitten die Unterzeichneten Ew. Heil., ins Werk zu setzen, daß ohne allen Zeitverlust auf Eure Aufforderung die Repräsentanten aller Staaten Italiens sich in Rom zu einem Nationalparlament, zu einem italienischen Reichstage versammeln. Allerheiligster Vater, in dem großen Schiffbruch aller Mächte der Erde, in der erhabenen Wiedererneuerung der Völkerschaften Europas besteht Eure Macht allein fest, weil sie auf den unerschütterten Grundlagen der Wahrheit und des Rechts gegründet ist. Ew. Heil. verkündete zuerst das heilige Wort und führte für Italien, für Europa die neue Zeit herbei, Ew. Heil. gebührt gleicherweise der Ruhm, dem Papstthum und der Religion neuen Glanz zu verleihen, indem Sie sich zu der höchsten Würde eines Moderators aller italienischen Völker erhebt und die ewige Roma wieder mit dem sittlichen und politischen Primat nicht allein in Italien, sondern in Europa, über den ganzen Erdbreis, beschenkt. Alle Italiener erwarten gespannt von Ew. Heil. den Laut, der mit allmächtigem Worte Religion und Bürgertugend verkündet. Sie wollen den Triumph ihrer Sache unter Eurer Obhut, unter der Fahne der Religion, Freiheit und Bruderschaft, am Kreuze des ewigen Urhebers ihrer Nationalität, auf dem Capitol heiligen. Indem sich die Unterzeichneten zu Dolmetschern der Gefühle von ganz Italien machen, bitten sie Ew. Heil., die Vereinigung des italienischen Reichstags in Rom zu betreiben und widmen Euch in der Gewißheit, erhört zu werden, die Huldigung ihres nationalen Dankgefühls sowie ihres kindlichen Gehorsams. (Folgen die Unterschriften.)

\* **Rom, 30. März.** Die in Rom getroffenen Maßregeln in Hinsicht auf die Jesuiten sind Norm und Richtschnur für alle übrigen Landescommunen, wo sie noch stationirt sind. Aus Rom müssen sich nach dem päpstlichen Befehle, wie er jetzt abgefaßt ist, alle bis übermorgen entfernt haben. Auf die prächtigen Paläste des Ordens hat der römische Senat seine Hand gelegt. Daß die Meinung der Gebildeten wie Ungebildeten in Rom über diesen wichtigen Schritt des Papstes eine sehr getheilte ist, begreift Jeder leicht, dem die univervellen Beziehungen der Jesuiten zu dem materiellen und geistigen Leben im Kirchenstaate näher bekannt sind. Viele Tausende lebten von der Wohlthätigkeit des Ordens, viele Tausend Jünglinge verdanken ihm ihre Bildung. Beide Klassen der Bevölkerung läßt er als Partei für sich hier zurück. Die Jesuiten entfernen sich je zwei und zwei nach Civitavecchia hin, wo sie sich auf dem großen Dampfer Iberia morgen nach England einschiffen. Auch die Propaganda ist von ihnen geräumt.

Aus der Provinzialhauptstadt Fermo geht uns eben die Nachricht ein, daß der Orden auch von dort nach kurzem Widerstand vom Volke mit Beihilfe der Civica vor vier Tagen vertrieben und in Wagen nach Racerata transportirt wurde. Kaum waren seine Mitglieder in dem dortigen Minoritenkloster abgestiegen, als sie von der Polizei die Weisung erhielten, binnen einer Stunde die Stadt zu räumen.

Zum großen Jubel unserer Liberalen hat gestern der Polizeiminister Galletti das sehr zahlreiche Corps der Scbirren und geheimen Polizeiagenten aufgelöst. In Civita Castellana ward gestern ein neuer Act der Humanität Pius IX. ausgeführt. Er ließ nämlich alle in den dortigen Kasematten eingeschlossenen politischen Verbrecher, welche die von ihm gegebene Amnestie als Geistliche und Militairs nicht beagnadigt hatte, in Freiheit setzen.

**Rom, 30. März.** Mit der Austreibung der Jesuiten wird es wol nicht sein Bewenden haben. Schon gestern hörte man von den Dominikanern als von einem gleichen Schicksal bedroht reden; heute spricht das niedere Volk sogar von den Passionisten in diesem Sinne. Dieser Orden vertritt auf dem Lande die Stelle der Jesuiten. Wegen seiner Strenge hat bekanntlich die Regel desselben nie die päpstliche Sanction erhalten können. (N. 3.)

**Neapel, 27. März.** Der Vesuv ist heute, er war es gestern, in heftiger Bewegung — um die der Völker zu accompagniren? In immer breiteren Strömen sah ich in dieser Nacht die Lava sich über den dunkeln Regal ergießen, sich austreuen. Der ganze Berg schien sich entzünden zu wollen, so tauchten Glutfunken an sonst dunkeln Stellen hervor, und die Fackeln der Führer, welche man aus San. Lucia deutlich unterschied, zogen sich mit ihren Besuchern zurück. In Torre del Greco geht heute Niemand zu Bett, sagten meine Wirthe, und wer sollte es nicht glauben, der, wie ich, eben von dort und Pompeji zurückgekommen. Die Bewegung von gestern hat fortgewährt. Von ei-

ner Demonstration von preussischen Unterthanen vor dem Hotel des preussischen Gesandten schweige ich, sie war eine trunksüchtige Aufwallung Einzelner, durch das Gerücht entstanden, daß Berlin in hellem Aufstande, Blut geflossen, der König geflohen sei. Die eben angekommenen Zeitungen, die Berufung des Vereinigten Landtags geben uns volle Beruhigung. Dampfer war die Drohnung unter der hiesigen Bevölkerung bezüglich auf den Zustand der Lombardei. Man umringte das königl. Schloß mit wildem Geschrei, man forderte sofortige Truppensendung dahin gegen die Oesterreicher. Das Ministerium hat einen klugen Mittelweg eingeschlagen, es hat Aufforderungen an Freiwillige ergehen lassen, ihnen versprochen, sie auf Dampfschiffen nach Livorno oder Ancona frei spediren zu wollen. Ein kluger Mittelweg, ob aber ein diplomatischer? Ist es keine Kriegserklärung gegen Oesterreich? An die Diplomatie darf Niemand denken.

### Frankreich.

Paris, 7. April.

Von den Mitgliedern der provisorischen Regierung, den Ministern und Generalsecretären sind 15,000 Fr. als ihr Beitrag an das Comité zum Empfang patriotischer Opfer übersendet worden.

— Indem der National wie bisher die Erwerbung der Eisenbahnen für den Staat bevorwortet, begegnet er dem Einwande, daß durch Ausgabe neuer Renten gegen die jetzigen Actien die erstern noch mehr gedrückt werden würden, damit, daß es sich ja gar nicht um Creirung eines neuen Papiers, sondern nur um Verwandlung eines vorhandenen, der Actie, handle, und daß Renten, welche mit der Zinszahlung auf den Ertrag von Bahnen angewiesen seien, nicht wol denen gleich geachtet werden könnten, die nur durch Anleihen entstanden.

— Die Bank von Frankreich besaß am 6. April 96,800,000 Fr. baar in ihrer Kasse und hatte 302,500,000 Fr. Noten im Umlauf.

— Der Moniteur du Soir schreibt, daß Hr. Fould beauftragt worden sei, dem Finanzminister eine Arbeit über praktische Mittel zur Hebung der gegenwärtigen Krisis zu liefern und daher wahrscheinlich das Gerücht entstanden sei, Hr. Fould solle Finanzminister werden.

— Ein Decret der provisorischen Regierung verfügt die Errichtung einer demokratischen Institution im Interesse der öffentlichen Sicherheit der Hauptstadt, nämlich eine Bürgerhute, vorzugsweise aus Februarkämpfern gebildet, die 1500 Mann zu Fuß und 300 Mann zu Pferde zählen und unter dem Polizeipräsidenten stehen soll. Ihr Anzug wird so viel möglich dem gewöhnlichen der Arbeiter gleichen.

— Es ist in Paris Gebrauch, daß für Wohnungen und Locale, die auf längere Zeit gemiethet werden, ein halbjährlicher Mietbetrag an den Vermiether gezahlt, deshalb aber die vierteljährliche Miethe erlegt wird, als sei das nicht geschehen, indem jener Betrag erst nach erfolgter Kündigung für das letzte Halbjahr in Anrechnung kommt. Eine große Deputation Gewerbsleute begab sich nun dieser Tage zur provisorischen Regierung, um für das abgelaufene Quartal die Verfügung zu verlangen, daß die Vermiether den Betrag desselben von der ihnen pränumerando erlegten Halbjahrmiethe abziehen und also jetzt auf die Quartalszahlung verzichten sollen. Hr. A. Marrast verwies indessen die Antragsteller, da die Regierung nicht in Contractsverhältnisse eingreifen könne, auf den Weg des gütlichen Vergleiches. Dieser scheint auch zum Ziele geführt zu haben. Der Kölnischen Zeitung wird nämlich geschrieben: Das Faubourg St. Antoine bietet seit zwei Tagen einen eigenthümlichen Anblick. An einer Menge Häuser dieser Vorstadt sieht man über den Thoren mit Laub und Bändern bekränzte dreifarbige Fahnen aufgezogen, auf denen die manchmal mit goldenen Buchstaben geschriebenen Worte stehen: „Erlassene Miethe.“ Nicht minder eigenthümlich als der Anblick, den diese von so vielen Häusern flatternden Fahnen machen, ist die Ceremonie, mit welcher sie aufgezogen werden. Sobald nämlich ein Hausherr seinen Einwohnern verkündet oder verkünden läßt, daß er auf die eben fällige Miethe verzichte, schießen dieselben Geld zusammen, um eine Fahne anzukaufen. In wenigen Stunden ist dies geschehen, worauf die Fahne, so schön als möglich geschmückt und bekränzt, an dem Bastillenplatze bei der Julisäule durch einen unter dem Absingen der Marseillaise gemachten dreimaligen Umzug eingeweiht wird und dann unter dem endlosen Hoch, das man dem Citoyen propriétaire bringt, vor das von der Miethe befreite Haus zieht, wo die gesammte Nachbarschaft der Ceremonie sich anschließt und eine Zeit lang um die Fahne herumtanzt; ist erst die jubelnde und singende Menge recht müde auf dem gepflasterten Tanzboden, dann wird die Fahne auf dem Thore des Hauses unter verstärktem Jubel aufgezogen. Drei oder vier Eigenthümer haben aus freiem Antriebe vorgestern ihre Einwohner in diesem Jubel versetzt; die andern, scheint es, sind mehr oder minder unfreiwillig dem Beispiele gefolgt.

— Wie der Ami de la Religion angibt, ist der Herzog d'Harcourt zum Gesandten der Republik in Rom ausersehen und Hr. Forbin Janson wird sein erster Secretair sein.

— In **Loulouise** hat es großes Aufsehen gemacht, daß der Comissar der provisorischen Regierung den Präsidenten des Appellations-

gerichts, Hrn. Martin, suspendirt hat, weil derselbe als eifriger Anhänger der gestürzten Regierung unpopulair sei. Die Freunde Hrn. Martin's haben bereits Einsprache gethan.

— Der Courier de Lyon vom 6. April theilt aus **Chambery** mit, daß auf die Kunde von den aus Lyon dahin abmarschirten angeblichen 12,000 M. zur Republikanisirung des Landes die Behörden mit den öffentlichen Kassen, den vorhandenen Waffen u. sich entfernt hatten. Alle Läden waren geschlossen, als die Republikaner ankamen. Sie zogen aufs Schloß, proclamirten die Republik und ernannten aus ihrer Mitte einen Maire. Als aber die Bevölkerung sich überzeugt hatte, daß der Ankömmlinge nur 1500 seien, sammelte sie sich und griff im Vereine mit der herangezogenen ländlichen Bevölkerung die ungebetenen Gäste an, tödtete ihrer 22 und verjagte den Rest.

Paris, 7. April. Aus der bis jetzt vergeblichen Bemühung des provisorischen Gouvernements, einen General von Bedeutung zu finden, der das Portefeuille des Kriegsministeriums übernehmen will, geht am deutlichsten die Demoralisation hervor, die sich der Armee bemächtigt hat. Auch der General Cavaignac hat die ihm wiederholt angebotene Würde ausgeschlagen, weil er, der im Feldlager und nicht in den Vorzimmern des Hofes seinen hohen militairischen Grad erwarb, besser als jeder Andere begreift, daß ohne Mannszucht im Heere die Leitung des Kriegsministeriums eine Unmöglichkeit ist, und daß es eben so unmöglich, die Mannszucht wieder herzustellen, so lange es dem Gouvernement an der nöthigen Energie gebricht, um die Maßregeln des Kriegsministers gegen das Geschrei einiger exaltirten Menschen in Schutz zu nehmen. Ein Gouvernement behauptet seine Gewalt über die Armee nur unter der wesentlichen Bedingung, daß es letztere mit der Achtung zu umgeben im Stande ist, deren sie bedarf, wo der öffentliche Dienst ihre Gegenwart nothwendig macht. Das hat unser Gouvernement nicht verstanden. Es ist bekannt, daß die Truppen an dem Kampfe in den Februar Tagen keinen thätigen Antheil nahmen; wenn sich hier und da eine Compagnie oder ein Peloton geschlagen hat, so geschah es nur, um sich gegen die Angriffe des Volks zu schützen, d. h. aus bloßer Nothwehr. Die Municipalgarde allein ging angriffsweise zu Werke. Man hat es nichtsdestoweniger für nöthig gehalten, die Garnison aus der Hauptstadt zu entfernen, eine Maßregel, die die betreffenden Truppentheile im höchsten Grade verletzete. Einen noch schlimmern Eindruck machte Das, was einige Tage später geschah. Auf den Vorschlag des Kriegsministers und auf den Wunsch der Nationalgarde hatte das Gouvernement zwei Regimentern, welche im Februar gar nicht in der Hauptstadt waren, den Befehl ertheilt, nach Paris zu kommen, um den Wachtdienst mit der Nationalgarde zu theilen. Kaum waren die Regimente eingetroffen, als man sie bei Nacht und Nebel wieder fortschaffte, weil eine kleine Zahl erprobter Republikaner es so haben wollte. Diese Thatfache ist bekannt, und wir führen sie nur deshalb an, weil in ihr der eigentliche Grund von der Erbitterung einzelner Truppentheile zu suchen ist, einer Erbitterung, die so weit geht, daß die Regimente, welche in den Februar Tagen mit dem Volke „fraternisirt“, dem Hohn und dem Spott der andern ausgesetzt sind. Wir wissen auf das zuverlässigste, daß das Gouvernement es nicht wagen zu dürfen glaubt, jene Regimente den Observationscorps zuzutheilen, die man zusammenzuziehen beabsichtigt. Auf der andern Seite reizt ein Theil der Presse die Soldaten zur Insubordination auf, namentlich der National und die Reform, und ihr Schweif in den Departements. Der National fodert fast täglich das Gouvernement auf, alle Generale und Obersten zu verabschieden, welche besondere Sympathien für das gestürzte System gezeigt haben, die Reforme predigt unablässig, man müsse die Armee revolutioniren. Die Armee nimmt das ganz wörtlich, und ohne abzuwarten, bis man sie revolutionirt, revoltirt sie sich selbst. Aus den Journalen haben Sie die beklagenswerthen Ereignisse zu Metz, Lorient, Lyon, Douay, Arras, Poitiers u. s. w. ersehen; nicht bekannt ist es aber, weil das Gouvernement es zu verheimlichen sucht, daß von allen Seiten Schreiben von den Truppencommandeuren einlaufen, in welchen diese über den täglich stärker sich manifestirenden Insubordinationsgeist sich beschweren. Bis jetzt aber hat das Gouvernement noch nicht den Muth gehabt, ein einziges Exempel zu statuiren. Ungestrast läßt man Generale mishandeln, Obersten wegzagen, Offiziere insultiren, ihnen die Epaulettes abreißen, ohne an die Folgen zu denken, die ein solcher Unfug nothwendig haben muß.

Dieser Mangel an Energie von Seiten des Gouvernements schreckt die Generale ab, die Verantwortlichkeit des Kriegsministeriums zu übernehmen; wenigstens können wir auf das bestimmteste versichern, daß der General Cavaignac nur aus diesem Grunde es vorzieht, in Algerien zu bleiben. Auch die Generale Dubinot, Schramm, Quival und Chagnier haben das ihnen angebotene Portefeuille abgelehnt. Der General Schramm will es nur unter der Bedingung annehmen, daß eine Garnison von 25,000 M. den Dienst mit der Nationalgarde theile.

Unmittelbar nach der Revolution wurden sämmtliche königl. Adjutanten und Ordonanzoffiziere, sowie die höhern Offiziere, welche die königl. Familie umgaben, in Ruhestand versetzt. Diese Maßregel, so

hart sie an  
Gewalt de  
auf, die si  
Herzogs v  
der Gener  
willig in  
er auch er  
worden, u  
Biel

fische Gou  
sprüche in  
dänischen  
es der dän  
vor der M  
an, um d  
er, wie si

Lond

Das  
an versamm  
Armenhau  
Aeuferung  
ten Mal v  
ford's Bil  
ihre Pachtu  
batten und  
gegen 22 C

Im L  
haufe fre  
Benn Wal  
bereitet ha  
auf dem Ke  
Die Verfa  
haus einzu  
der sogenar  
Innere, S  
verfammlun  
gehend, da  
Anger eine  
Gewährung

keit der Re  
lich berathe  
zwei Stund  
allen Theile  
sen Unterth  
oder solchen  
des öffentli  
sel.) Die  
April beab  
die Regieri  
nen der R  
O'Connor

von 100,00  
Innern ab  
10. April o  
nicht einme  
Unterhaus  
cession ihre  
Personen ü  
eines unbes  
eine Besorg  
Sache nich  
schrift verb  
vertraue, da  
drauf hervor  
nif von je  
gezogen ha  
tigte Proce  
Sinne heut

tät der Pro  
nicht dabei  
Staatssecret  
morgen den  
mehrter Sie  
nigreichs an  
Hrn. Osbor  
schleswig-h  
morgen dar

Der E  
digte heute

Der E  
digte heute

Der E  
digte heute

Der E  
digte heute

Der E  
digte heute

Der E  
digte heute

Der E  
digte heute

Der E  
digte heute

Der E  
digte heute

Der E  
digte heute

hart sie auch an und für sich war, erklärt und rechtfertigt sich aus der Gewalt der Umstände. Desto mehr fallen aber einige Ausnahmen auf, die sich das Gouvernement erlaubt hat. So ist ein Adjutant des Herzogs von Nemours mit Avancement nach Algerien geschickt, und der General Bedeau, der in der Nacht vom 23. zum 24. Febr. freiwillig in die Tuileries eilte, um ein Commando zu erbitten, was er auch erhielt, zum Commandeur der ersten Militärdivision ernannt worden, und zwar bereits am 24. Febr. Abends.

Vielleicht ist es interessant, zu erfahren, daß das frühere französische Gouvernement, über dessen Sympathien für die dänischen Ansprüche in der schleswig-holsteinischen Frage kein Zweifel obwaltet, der dänischen Regierung eine bedeutende Anzahl Infanteriegewehre, an der es der dänischen Armee zu mangeln scheint, zugesagt hatte. Acht Tage vor der Revolution kam ein Generalstabsoffizier aus Kopenhagen hier an, um die Absendung der Gewehre zu effectuiren. Erst gestern ist er, wie sich von selbst versteht, unrichtiger Sache wieder abgereist.

### Großbritannien.

London, 6. April.

Das Unterhaus war am gestrigen Mittwoch allein und von 12 Uhr an versammelt. Eine von Hrn. S. Crawford eingebrachte Bill, die irische Armenhausverwaltung betreffend, wurde, da die Minister sich ihre Äußerungen darüber für die Comitéberathung vorbehielten, zum zweiten Mal verlesen. Die beantragte zweite Lesung von Hrn. S. Crawford's Bill zur Regulirung der Verhältnisse zwischen Gutsherren und ihre Pachtungen verlassenden Pächtern in Irland wurde nach einigen Debatten und nach dem erklärten Widerspruche der Regierung mit 145 gegen 22 Stimmen abgewiesen.

Im Oberhause kam heute nichts Wichtiges vor. Im Unterhause fragte das conservative Mitglied für Radnorshire, Sir John Benn Walsh, ob der Staatssecretair für das Innere Maßregeln vorbereitet habe, am 10. April die durch die große Chartistenversammlung auf dem Kennington-Anger vielleicht bedrohte öffentliche Ruhe zu sichern. Die Versammlung wolle angeblich in der erklärten Absicht, das Unterhaus einzuschüchtern, nach Westminster ziehen, um die Zustimmung zu der sogenannten Volksscharte zu bewirken. Der Staatssecretair für das Innere, Sir George Grey, erwiderte, daß er bei mehren Chartistenversammlungen angenommene Resolutionen vor sich liegen habe, dahin gehend, daß am 10. April Vormittags 11 Uhr auf dem Kennington-Anger eine Versammlung gehalten werden solle, um beim Unterhause um Gewährung der Volksscharte zu petitioniren. Er habe die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Angelegenheit gelenkt, und sie sei umfänglich berathen worden. Das Ergebniß davon sei, daß in einer oder in zwei Stunden bereits Bekanntmachungen in London erfolgen und nach allen Theilen des Landes abgehen würden, die alle friedlichen und loyalen Unterthanen H. Maj. auffodern, sich keiner solchen Versammlung oder solchen Procession anzuschließen, sondern ihr Bestes zur Erhaltung des öffentlichen Friedens zu thun. (Beifall von allen Seiten des Hauses.) Die Ansicht der Rechtsräthe der Krone sei, daß die am 10. April beabsichtigte Procession ungesetzlich sei. In jedem Falle werde die Regierung ihrer Pflicht gegen die loyalen und friedlichen Unterthanen der Königin eingedenk sein. Das chartistische Mitglied Feargus O'Connor bemerkte, vor einigen Jahren habe man einer Procession von 100,000 Mann auch gestattet, eine Bittschrift im Ministerium des Innern abzugeben, und Alles sei friedlich abgegangen. Das werde am 10. April auch geschehen, wenn sich die bürgerliche und Militärbehörde nicht einmengen. Die Versammlung beabsichtige keineswegs vor das Unterhaus zu ziehen; sie wolle nur in den Straßen durch eine Procession ihre Anzahl zeigen und ihre Bittschrift dann durch wenige Personen überbringen lassen. Darin erblicke er nur die Ausübung eines unbestritten constitutionalen Rechtes des Volkes. Hätte er nur eine Besorgniß vor Störung des öffentlichen Friedens, so würde er die Sache nicht gebilligt haben. Die am 10. April zu erwartende Bittschrift werde von 5 Millionen unterzeichnet sein (hört! oh!) und er vertraue, daß kein Wort vorkommen werde, was Verwirrung oder Verdruß hervorrufe. Sir G. Grey versetzte, daß er sofort nach Kenntniß von jenem Vorhaben die Rechtsbeamten der Krone zu Rathe gezogen habe, und ihre bestimmte Ansicht dahin gehe, die beabsichtigte Procession sei illegal, und daß Bekanntmachungen in diesem Sinne heute noch erfolgen würden. Hrn. Hume wollte die Illegalität der Procession nicht einleuchten, und er hoffte, daß die Regierung nicht dabei bleiben werde, sie verhindern zu wollen. (Nein, nein!) Der Staatssecretair für das Innere nahm nochmals das Wort, um für morgen den Antrag auf Erlaubniß zur Einbringung einer Bill zu vermehrter Sicherstellung der Krone und Regierung des Vereinigten Königreichs anzukündigen. (Außerordentlicher Beifall.) Auf eine Anfrage Hrn. Osborne's über die Ansicht der Regierung bei den dänischen und schleswig-holsteinischen Streitigkeiten versetzte Lord J. Russell, daß er morgen darauf antworten wolle.

Der Staatssecretair für das Innere, Sir George Grey, kündigte heute im Unterhause für morgen die Vorlegung einer Bill zu

vermehrter Sicherstellung der Krone und der Regierung der vereinigten Königreiche an, was mit langem Beifall aufgenommen wurde. Es handelt sich dabei jedenfalls um Irland und vielleicht auch um die Chartisten. Als Sicherheitsmaßregeln gegen Letztere ist zu betrachten, daß in die Bank, die Ministerien und andere öffentliche Gebäude Waffen geschafft worden sind, um das Personal zur Vertheidigung in Stand zu setzen. Zahlreiche Extraconstables werden in London vereidigt.

— Die Königin und die königl. Familie werden sich wahrscheinlich am 8. April nach der Insel Wight begeben. Als festbeschlossen wird ein Besuch der Königin in Irland zu Anfang Juli bezeichnet. Nach Dublin sollen bereits die Befehle zu den erforderlichen Vorbereitungen ertheilt sein. Die Reise der Königin war schon mehrmals beabsichtigt; es wird ihre Verwirklichung auch diesmal von den Umständen abhängen.

— Die Quartaleinnahme vom 5. April hat 11,951,379 Pf. St. betragen; am 5. April 1847 war sie nur 10,646,804 Pf. St. Die Jahreseinnahme des gestrigen Abschlusses beträgt nur 48,800,141 Pf. St.; am 5. April 1847 war sie 51,018,652 Pf. St.

— Zu dem Abschlusse der Quartaleinnahme bemerkt die Times, daß der Ertrag mit 11,051,351 Pf. St., und also 402,575 Pf. St. mehr als am 5. April 1847, sich herausstelle. Für das Jahr ergibt sich die Summe von 48,800,141 Pf. St., was 2,218,511 Pf. St. weniger ist als 1847. Die einzelnen Capitel bieten wenig Anlaß zu Bemerkungen, das Gesamtergebniß aber ist erfreulich. Ein Vergleich der Quartaleinnahme mit der vom 5. Apr. 1847 zeigt an den Zöllen einen geringen Rückgang von 55,023 Pf. St., sehr erklärlich aus den Verhältnissen. Bei der Accise ist ein Zuwachs von 349,736 Pf. St., zum Theil aus der Ueberweisung eines Zweiges des Stempelinkommens herrührend, das dadurch eine Abnahme von 198,146 Pf. St. zeigt. Bei den Assessed Taxes erscheint eine kleine Zunahme; die sonstigen Verschiedenheiten sind der Rede nicht werth. Der Ueberschuß der gewöhnlichen Einnahmen beträgt 70,000 Pf. St., wozu noch ein Termin der chinesischen Kriegsschädigung, der am Cap zu den erwarteten Kriegskosten zurückgehalten worden war, kommt und den obigen größern Ueberschuß bilden hilft. Unter allen Umständen haben wir uns nur zu gratuliren, daß die Sachen so schlimm nicht stehen, als sie stehen könnten.

— In London wird die gesammte Köschmannschaft unter die Specialconstables aufgenommen, um zur Wahrung der öffentlichen Ruhe mitzuwirken.

### Niederlande.

Aus dem Haag, 8. April. Der Fürst v. Metternich empfing gestern mehre Besuche, unter Anderm vom britischen Gesandten am niederländischen Hofe und vom Staatsminister Baron van Doorn. Die Anwesenheit des Fürsten scheint eine längere werden zu sollen, als es anfänglich hieß. — In Rotterdam wird täglich die Leiche des in Madeira verstorbenen Prinzen Alexander der Niederlande erwartet. — Aus Assen wird der Ausbruch der Lungenseuche unter dem Rindvieh gemeldet.

### Dänemark.

Einer amtlichen Bekanntmachung des Handelsministeriums in Kopenhagen vom 1. April zufolge ist es fremden Seeleuten, wenn sie Unterthanen einer befreundeten Macht sind, erlaubt, mit dänischen Schiffen zu fahren, so lange Mangel an eingeborenen Seeleuten ist.

### Griechenland.

Athen, 26. März. Athen erfreut sich der tiefsten Ruhe. Das neue Ministerium hat in wenigen Tagen verschiedene Acte vorgenommen, welche nicht verfehlten, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Mehre höhere Offiziere, die seit Jahren auf Halbsold auf einer von der Regierung angewiesenen Insel lebten, sind zurückberufen. Mehre Gouverneure, Eparchen und Mirarchen sind abgesetzt. Der Moniteur grec, das von Koletti gestiftete und in französischer Sprache geschriebene halbamtliche Regierungsorgan, hat aufgehört, und sein Antipode, der von der englischen Partei bezahlte und ebenfalls französisch geschriebene Courier d'Athènes wird auch aufhören. So bringt merkwürdiger Weise die Umwälzung in Frankreich das Gegentheil von Dem hervor, was man als unvermeidlich fürchten zu müssen glaubte. Das heutige Ministerium ist ein vollkommen nationales; es enthält Namen von der größten Popularität. Ob es von langer Dauer sein wird, diese Frage werden Umstände entscheiden, die nur annäherungsweise beurtheilt werden können; aber es ist vielleicht in constitutionellen Staaten nur von scheinbar günstigen Folgen, wenn Ministerien über eine gewisse Zeit hinaus feststehen. (N. C.)

Weniger beruhigend als vorstehender Bericht lautet folgender des Journal des Lloyd: In Griechenland deutet Alles darauf hin, daß man daselbst am Vorabend sehr wichtiger Ereignisse steht. Die Weigerung des Königs, seine Beistimmung zur Abhaltung eines Nationalbanketts zu geben, hat allgemeinen Mißmuth erregt. Man verlangte die Auflösung der Deputirtenkammer, eine allgemeine Amnestie u. s. w. Um die Volksstimmung einigermaßen zu beruhigen, wurde ein neues

Cabinet gebildet. Man zweifelte, daß dieses Ministerium sich halten werde, da die öffentliche Meinung sich laut gegen dasselbe aussprach und allenthalben sich eine große Aufregung der Gemüther kundgab. — Auch auf den Ionischen Inseln herrschte eine sichtbare Misstimmung; und in Cephalonia kam es zu Reibungen zwischen dem Volke und dem Militair.

#### Moldau und Walachei.

\* Bukarescht, 28. März. Wenn die französische Revolution hier schon einen bedeutenden Eindruck hervorgebracht hat, so ist derselbe durch die Kunde der jüngsten Ereignisse in Wien noch gesteigert worden. Unser Fürst hat nach erhaltener Kunde davon, was sonst nicht Gebrauch gewesen, alsbald alle Bojaren um sich versammelt. Er bringt die Nächte nicht mehr im Palaste, sondern in der Kaserne zu, und die Fürstin wird fortwährend von 200 Soldaten, die sich bei Tag in den Kellern aufhalten, bewacht. Der russische Consul v. Rogebue soll zu dem Fürsten geäußert haben: „Wir Zwei werden keine geweihten Oesterreicher in Bukarescht essen.“

#### Neueste Nachrichten.

Hannover, 10. April. Heute ist eine Batterie von acht Neunpfündern sammt Pferden und Mannschaft auf der Eisenbahn von hier nach Harburg abgegangen. Eine reitende Batterie von sechs Geschützen ist von Wunstorf aus auf dem Marsche nach Harburg. (Hann. Z.)

Göttingen, 8. April. In Folge eines Rescripts vom Curatorium zu Hannover, dem jetzt der Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten Dr. Braun und nicht mehr der König vorsteht, sind die studentischen Verbindungen gestattet, und zwar so, daß jede Verbindung nur den Senior und den Stiftungstag dem akademischen Senat anzuzeigen braucht; Vorlegung der Statuten wird nicht gefordert. (W. Z.)

Kiel, 8. April. Es sind hier Nachrichten eingetroffen, nach welchen unsere Dragoner mit jütischen Truppen zusammengerathen sind. Die Unsrigen sollen den Dänen einen verhältnismäßig bedeutenden Verlust zugefügt, auch Munition und zwei Kanonen denselben abgenommen haben. Andern Berichten zufolge wäre nördlich von Flensburg ein Gefecht vorgefallen, wobei von dänischer Seite 100 M. und von schleswig-holsteinischer Seite 50 M. geblieben wären. Gestern, am 8. April, habe man in Flensburg fortwährend schießen hören. Es scheint mit den Dänen bei Holnis zum Kampfe gekommen zu sein. Das 14. schleswig-holsteinische Linienbataillon hatte von Boekholm aus die dänischen Fahrzeuge beschossen und ihnen großen Schaden zugefügt. Aus Flensburg haben wir keine Nachrichten. (S. C.)

Kendsburg, 8. April. Am 7. April sind unter dem Schutze bewaffneter Fahrzeuge dänische Truppen auf der Halbinsel Holnis gelandet; unsere dort stationirten zwei Compagnien vom vierten Jägercorps und freiwilligen Schützen mußten sich vor dem die ganze Halbinsel bestreichenden Feuer der feindlichen Kanonen bis an die Mündung der Landzunge zurückziehen, ohne erheblichen Verlust, wie verlautet, nur ein Mann soll verwundet sein. Jetzt haben die Unsrigen dort eine Stellung in einem hinlänglich schützenden, coupirten Terrain eingenommen. (W. Z.)

Schleswig, 8. April. Prinz Friedrich langte heute Abend, von Kendsburg kommend (wo er den preussischen General v. Bonin als Commandanten zurückgelassen), mit seinem Generalstab und 16 preussischen Offizieren hier an, welche Letztere den Kriegszug mitmachen wollen, sodasß jetzt bald eine blutige Entscheidung stattfinden wird. Der Generalstab wird sich morgen nach Flensburg begeben. In mehreren Gegenden Angeln hat man heute Morgen gegen 5 Uhr heftigen Kanonendonner gehört; eine Anzeige ist auch dem Generalstabe zu Theil geworden. (S. C.)

— Bei Claus soll es am 8. April zu einem sehr ernstern Handgemenge zwischen dänischen Truppen und holsteinischen Freischaren gekommen, um 11 Uhr Abends soll dieses Scharmügel noch nicht zu Ende gewesen sein; die Freischaren hätten sich in der Nacht auf Flensburg zurückgezogen.

— Im Kieler Hafen werden, mittels 117 Tonnen wohlverwahrten Pulvers, die durch einen unterm Wasser fortlaufenden galvano-elektrischen Draht vom Ufer aus angezündet werden können, Vorbereitungen getroffen, jenen wichtigen Hafen gegen jeden Ueberfall dänischer Kriegsschiffe zu schützen. Man hört von einer deshalb zu erlassenden öffentlichen Warnungsanzeige; im flensburger Hafen soll bereits Aehnliches geschehen sein.

— Die in der altonaer Münze noch vorgefundenen bedeutenden Geldsummen werden mit mehr als 700,000 Rthlr. angegeben.

Hamburg, 9. April. In diesen Tagen ist, dem Vernehmen nach, an die hiesige russische Gesandtschaft der Befehl ergangen, von nun an Niemandem einen Paß nach Rußland auszustellen, ohne von dem russischen Cabinet in Petersburg dazu die Autorisation eingeholt zu ha-

ben. — Die deutsch-katholische Gemeinde ist jetzt förmlich vom Staat anerkannt worden. (W. Z.)

Paris, 8. April.

In Toulouse ist der Proceß Pétotade am 4. April beendet worden. Der Angeklagte wurde als des Versuchs der Schändung sowie des freiwilligen Todtschlags an der Person der Cécilie Combettes, jedoch unter mildernden Umständen schuldig, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt.

— Ueber die Reorganisation von Italien will man in Paris wissen, daß der Papst, Sardinien und Toscana über dessen Theilung in sechs große Staaten: Neapel, Sicilien, Kirchenstaat, Königreich Etrurien (das vergrößerte Toscana), Lombardie (unter welcher Regierungsform es sei) und Sardinien (dem für die Abtretung von Savoyen an Frankreich eine Entschädigung werden soll), vorläufig einig geworden seien. Unter denselben wird eine offensive und defensiva Allianz und die Einheit des Zollwesens, Maßes, Gewichts und Geldsystems stattfinden und der Sitz der Centralbehörde des Bundes in Rom sein. Vom Könige von Neapel glaubt man, daß er bereits im vorläufigen Einverständnis sei.

London, 7. April. Die von Sir George Grey im Unterhause gestern angekündigte Proclamation zur Abmahnung von der Theilnahme an der Chartistenversammlung am 10. April und dem Aufzuge derselben nach dem Unterhause ist erfolgt. Die Chartisten haben ihrerseits einen Aufruf an die Bewohner von London erlassen, sich zur Erlangung der Volksrechte aufzuraffen. Ihr Convent hat eine Deputation an den Staatssecretair des Innern geschickt, der denselben versichern soll, daß die Versammlung unbewaffnet sein werde. Zugleich habe sie aber auch nach allen großen Städten die Aufforderung erlassen, am 10. April Versammlungen zu halten, damit für alle Fälle die Truppen in ihren respectiven Garnisonen zurückgehalten seien und nicht nach London gezogen würden.

— Im Unterhaus erklärte auf eine Anfrage Hr. Hawes, Unterstaatssecretair für die Colonien, daß die aus Frankreich fortgewiesenen Arbeiter sich geneigt zeigten, in die Colonien auszuwandern, und er hoffe die Mittel dazu herbeischaffen zu können. Hr. Feargus O'Connor wollte die Tagesordnung am 10. April zu Gunsten der Uebergabe der Chartistenpetition und seines daran zu knüpfenden Antrags abgeändert wissen, was jedoch Lord John Russell ablehnte und mit Hrn. O'Connors Zustimmung den 14. April dazu ansetzte.

— In London sind bereits Abgeordnete der Chartisten aus allen großen Städten Englands, Schottlands und Irlands versammelt. Sie halten ihre Zusammenkünfte in der Literary Institution in der John Street und nennen sich die Nationalconvention. Sie wollen täglich zusammenkommen, bis die Charte das Gesetz des Landes wird. Ihre Zahl beträgt, um gesetzlichen Bestimmungen nicht entgegen zu handeln, nur neunundvierzig. Bei der ersten Versammlung warf ein Mitglied die Frage auf, ob Hr. Reynolds, der Redner der jüngsten Versammlung auf dem Kennington-Anger, ein Chartist sei. Er antwortete: „Mehr als das! ich bin ein Republikaner.“ Die Mehrzahl der Chartisten geht nicht so weit, gesteht republikanische Gesinnung wenigstens nicht ein. Wir wollen die Monarchie, sagen die Chartisten, aber mit republikanischen Einrichtungen. Bis jetzt behaupteten sie so gut, wie die Repealer, ihre Forderungen nur auf gesetzlichem Wege durchsetzen zu wollen.

— Die „Frische Conföderation“ marschirte in Dublin am Abend des 5. April, je zwei und zwei, 3000 M. stark, aus ihren verschiedenen Clubs nach der Musikhalle, wo eine sehr stürmische Versammlung gehalten wurde. Die Sitzung begann mit endlosem Grollen und Rufen für Lord J. Russell, Lord Clarendon und die ganze „sächsische“ Regierung. Es ward beschlossen, eine allgemeine Volksbewaffnung zu organisiren.

— Der Abschluß der Bank von England am 1. April zeigt 15,212,866 Pf. St. Metallvorrath und einen Notenumlauf von 18,593,867 Pf. St. — Consols 80% für Geld und 80% auf Rechnung.

#### Handel und Industrie.

Die in Paris von Hrn. Ch. Duveyrier im Mai 1845 gegründete Gesellschaft für die Annoncen in allen großen pariser Blättern, welche den dafür bestimmten Raum auf 15 Jahre gepachtet, und z. B. der „Presse“ dafür 300,000 Fr. jährlich zu zahlen sich verpflichtet hatten, hat erklärt, daß sie ihre Verträge unter der Gewalt der Umstände für beendet, und sich als nicht mehr im Stande ansehen müsse, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen. Die „Presse“ kündigt nun ein neues System der Ankündigung, das der Gleichheit, an, und wird fortan ihre Anzeigen mit durchaus gleichen Buchstaben und in gleichen Zeilen à 2 Cent. für jedes Tausend der Auflage (also bei 50,000 Auflage jetzt zu 1 Fr. die Zeile) drucken und berechnen.

Staatspapiere. Wien, 8. April. Blact. 800; Met. 5pc. 59; 4pc. 51; 3pc. 43; 500 Fl. L. 100; 250 Fl. L. 66.

Actien. Wien, 8. April. Nordb. 68; Stogg. 67; Mail. 45; Pivorn. 44; Pesth. 54.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von J. F. Schönbach in Leipzig.

Leipziger  
schen Vere  
so wichtig  
Inhalt un  
enthält un  
aber ist we  
gesetzt und  
wäre zu w  
halt, son  
und gründ

\* Leipzi  
Nebelstän  
heute ist sch  
fenbar von  
soll in dersi  
erkennend i  
hiesiger Bu  
Aufopferung  
stets da bef  
Auffassung  
sellen selbst  
habe. Auf  
der Versam  
und aufriht  
zusprach, h  
also eine bö  
von welcher  
heiten mit  
kaum hatte  
anderes übe  
zu Ohren.  
durch das  
Run verhält  
nämlich die  
wollten, un  
dem Gegenf  
bleiben. E  
der Redner,  
Uebergewicht  
fordert, auß  
sicht, als C  
unter Verfal  
nothwendig  
Wahrheit en  
im Finstern  
ausprechlich

Bl

Von die

wird mit den  
tenen Zeile

Inhalt: S  
im Buchhand  
Von L. W. B.  
Literarische  
Ranthos Jo  
Wie die Bar  
— Die Rev  
Romanliterat  
Belgiens ber  
Das Jubel  
freundlichen  
Unter Mitw  
Neue Roman  
— Sinnreich  
vierter Band.  
Krieg. — Be  
von einem al  
— I. Dram  
Künstler und  
nada. — S

Leipzig,

Leipzig, 9. April. Das in der gestrigen Versammlung des Deutschen Vereins berathene und sofort veröffentlichte Wahlmanifest ist so wichtig und tief eingreifend, daß man wol noch einmal auf dessen Inhalt und die Art seiner Entstehung zurückkommen darf. Dasselbe enthält unzweifelhaft viel Gutes und unbestreitbar Richtiges; Anderes aber ist wenigstens in der gegebenen Fassung starker Mißdeutung ausgesetzt und kann daher leicht mehr schaden als nützen. Um so mehr wäre zu wünschen gewesen, daß die Discussion sich nicht nur um den Gehalt, sondern auch um den Ausdruck jedes einzelnen Grundsatzes genauer und gründlicher bewegt hätte. Daß dies nicht geschehen, daran trägt

nach Einsenders Meinung der Umstand hauptsächlich die Schuld, daß das Wahlmanifest unter der Versammlung selbst nicht in genügenden Exemplaren verbreitet, daher jeder Theilnehmer nur auf den Eindruck angewiesen war, welchen das Vorlesen auf ihn gemacht hatte. Man muß aber nicht nur dies, sondern noch weit mehr beklagen, daß das Wahlmanifest nicht schon einige Zeit vorher wenigstens den bisherigen Mitgliedern des Vereins mitgetheilt worden war, um über so wichtige Gegenstände ihre Meinung festzustellen, statt beinahe sofort nach der Mittheilung auch zur definitiven Abstimmung zu verschreiten.

Leipzig, 10. April. Es ist erst in Ihrer gestrigen Beilage von dem Uebelstande der falschen Gerüchte hier an Orte die Rede gewesen, und heute ist schon wieder nöthig, darüber zu sprechen. Thatsachen werden offenbar von beiden Parteien erdichtet oder verfälscht. Vorgestern Abend soll in derselben Versammlung der Handwerksgelegen, welcher so sehr anerkennend in Bezug auf den Geist der Ordnung gedacht worden ist, ein hiesiger Buchhändler, welcher die Leiter dieser Versammlungen mit großer Aufopferung von Zeit und Kraft in ihren Bemühungen unterstützt und stets da beschwichtigend wirkt, wo durch überspannte Ansichten oder irriige Auffassung einer Aeußerung eine Reizbarkeit sich kund gibt, von den Gesellen selbst hinausgewiesen sein, weil er zu aufrührerische Reden gehalten habe. Außer einigen wenigen, sich ausschließlich auf die formelle Seite der Versammlung beziehenden Erläuterungen und einigen beschwichtigenden und aufrichtenden Worten, welche er den mit Unrecht verdächtigen Leuten zusprach, hat man gar nichts von ihm vernommen. Jenes Gerücht ist also eine böswillige Lüge, wahrscheinlich von derselben Seite ausgesprengt, von welcher her jenem Manne und einem seiner, sich denselben Angelegenheiten mit gleichem Eifer widmenden Freunde Drohbrieve zugegangen sind. Kaum hatte ich dieses falsche Gerücht vernommen, so kam mir schon ein anderes über einen Vorfall in der gestrigen Sitzung des Vaterlandsvereins zu Ohren. Dort soll ein Arbeiter, weil er republikanische Ideen geäußert, durch das Publicum genöthigt worden sein, die Rednerbühne zu verlassen. Nun verhält sich die Sache aber geradezu umgekehrt. Der Arbeiter sprach nämlich die Voraussetzung aus, daß die Anwesenden die Republik nicht wollten, und da die Ausführung dieses Punktes eine Abschweifung von dem Gegenstande war, so erinnerte ihn der Vorsitzende, bei der Sache zu bleiben. Es entstand dadurch eine Aufregung in der Versammlung, und der Redner, im Begriff die Tribune zu verlassen, wurde nun durch das Uebergewicht der sich antirepublikanisch vernehmen lassenden Jurufe aufgefordert, auszusprechen, was er that, indem er in kurzen Worten seine Ansicht, als Ergebnis seiner innersten Ueberzeugung, wiederholte und nun unter Beifallrufen abtrat. Man mag aus diesen Beispielen ersehen, wie notwendig es in dieser Zeit ist, daß falschen Gerüchten überall durch der Wahrheit entsprechende Berichtigungen entgegnet werde, damit nicht im Finstern offener Zwiespalt gefäet und genährt, sondern die uns so un-  
ausprechlich nöthige Einigkeit in Deutschland aus allen Kräften befördert

werde. Jeder sollte hierin an allen Orten die Redacteure der Localblätter unterstützen, indem er ihnen die circulirenden Gerüchte als solche mittheilt, um so die Widerlegungen solcher Personen ans Licht zu rufen, welche den betreffenden Sachverhalt aufzuklären wissen.

Ich muß noch eines Vorfalles aus dem gestrigen Vaterlandsvereine gedenken, welcher durch die etwa erwähnten Einflüsse ebenfalls entstellt werden könnte. In einer Vorlage des Vorstandes, eine Eingabe an den Kunstzigeauschuß in Frankfurt wegen des Wahlmodus zu der deutschen constituirenden Nationalversammlung betreffend, war diese Versammlung mit dem Namen deutscher Reichstag bezeichnet worden. Hiergegen wendete ein Redner ein, daß die künftige Versammlung von der vorberatenden selbst die erstere Benennung erhalten habe, und brachte von seinem Standpunkte aus Gründe der Zweckmäßigkeit vor, für Beibehaltung dieses Namens sich zu erklären, bemerkend, daß derselbe durch die erste französische Versammlung im Jahre 1789 nun einmal ins europäische Leben eingeführt und Allen verständlich sei; den wenigen Stadt- und Landbewohnern aber, welchen in dieser Beziehung noch Aufklärung zu geben sein möchte, dieselbe leicht durch die Presse ermittelt werden könne. Ein anderes Mitglied fand sich dadurch nicht beruhigt und schlug vor, da man in der deutschen Sprache hinlänglich deutliche Worte habe, um diese, an der Spitze der deutschen Interessen stehende Versammlung auch mit einem deutschen Namen zu bezeichnen, die zukünftige Versammlung von Seiten des Vereins zu suchen, sich „deutsche grundgesetzgebende Volksversammlung“ zu nennen, und sollte diese Bezeichnung den untern Ständen ebenfalls als nicht hinreichend verständlich befunden werden, dann ebenfalls durch die Presse Aufklärung über deren Bedeutung zu verbreiten. Obgleich beide Bezeichnungen gleich schwerfällig sein möchten, so entschied sich der Vaterlandsverein mit sehr überwiegender Mehrheit für die fremdländische. Es würde dem Vertreter des deutschen Namens vielleicht eher gelungen sein, die Versammlung für seine Ansicht zu gewinnen, wenn er den Namen „deutscher gesetzgebender Körper“ vorgeschlagen hätte. Selbst die Bezeichnung „deutscher“ würde wegfallen können, wenn nicht in einigen der freien Städte es ebenfalls eine Behörde dieses Namens gäbe. Uebrigens ist jene fremdländische Benennung von der vorberatenden Versammlung mehr unbewußt als bewußt gewählt worden, denn man hat, um keine Zeit durch Debatten über Sachen der Form zu verlieren, denselben stillschweigend angenommen.

## Ankündigungen.

# Blätter für literarische Unterhaltung.

Herausgegeben von Heinrich Brockhaus.

[1217]

Jahrgang 1848. Gr. 4. 12 Thlr.

Von dieser Zeitschrift erscheint täglich eine Nummer, und sie wird in Wochenlieferungen, aber auch in Monatsheften ausgegeben. Ein

### Literarischer Anzeiger

wird mit den Blättern für literarische Unterhaltung und der Preis von Wien ausgegeben. Insertionsgebühren für den Raum einer gespaltenen Zeile 2/3 Ngr.; besondere Beilagen zc. werden gegen Vergütung von 3 Thlrn. den Blättern für literarische Unterhaltung beigelegt.

### W ä r z .

Inhalt: Schiller's Briefwechsel mit Körner. Von 1784 bis zum Tode Schiller's. Zweiter bis vierter Theil. — Revolutionäre Literatur. — Mißbräuche im Buchhandel. — Die Schweiz und ihre Zustände. Reiseerinnerungen von Th. Mügge. Erster Artikel. — Neue Romane. — West-östliche Schwalben. Von L. Wühl. — I. Künstler-Jugend. Roman aus dem Leben. Von R. A. Reuzel. 2. Hedwig Levi. Ein socialer Roman. — Englische Kalender. — Literarische Plänkler auf dem Felde der Philosophie, Politik, Religion, Kirche und des socialen Lebens. Von A. v. Blumröder. — Der neugriechische Dichter Anthos Joannu. — Für Alterthumsforscher. — John Neal. — Hamburg und die Hamburger. Portraits, Zustände und Skizzen aus der Gegenwart. — Wie die Bauern in Granada improvisiren. — Schleswig-Holstein. Nationalroman von G. Göhring. — Unter amerikanischen Essays einer über Goethe. — Die Revolution unter den Communisten oder Bruder Hobelspann im Communisteneste. Eine sociale Komödie von A. Heyf. — Die neueste französische Romanliteratur. — Ueber die Verwaltung der Stadt Paris. — Literatur für praktische Diplomaten. Von F. Murhard. — Unterhaltungsliteratur. — Belgiens berühmte Reisende. — Die Universität in Athen. — Gedichte von F. Bach. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Von L. Uthaus. — Das Jubelfest der Universität Jena 1848 oder 1858? — History of the conquest of Peru. By W. H. Prescott. — Deutsche Entartung in der lichtfreudlichen und modernen Lebensart. An den modernen Stichwörtern gezeigt von B. Goltz. — Die Männer des Volks, dargestellt von Freunden des Volks. Unter Mitwirkung von L. Braunsfels u. A. Herausg. von Ed. Duller. Erste bis achte Lieferung. — Der seltsame Besuch. — Stimmen über Oestreich. — Neue Romane. — Leibniz über Polygamie. Von G. E. Guhraner. — Literarhistorisches Taschenbuch. Herausg. von R. E. Prug. Sechster Jahrgang. — Sinnreiches Mittel gegen den Nachdruck. — Frische Lieder von S. Kollett. — Ueber deutsche Reisebücher. Ein Brief. — Anemonen. Dritter und vierter Band. — Vorlesungen über die deutsche Literatur der Gegenwart. Von R. E. Prug. Von A. Bismar. — Ein Engländer über den Sonderbundskrieg. — Verborgene literarische Schätze in Neapel. — Ueber Mündigkeit des Volks und politisches Bewußtsein. Seinen preussischen Mitbürgern gewidmet von einem alten Staatsmanne. — Württembergische Lustschlösser von S. Hänle. Erste und zweite Abtheilung. — Neugriechische Poesie. Von J. P. Jordan. — I. Dramaturgische Skizzen und Kritiken. Von S. Th. Köstler. 2. Dramatik oder Darstellung der Bühnenkunst, historisch, theoretisch-praktisch, für Künstler und alle gebildete Theaterliebhaber von Ch. Birch. — Geschichte des neugriechischen Freiheitskampfes. Von A. Winter. — Die Franzosen in Canada. — Herr Groß-Hoffinger als Politiker. Von Philipp Stipa. — Literarische Notizen; Besprechungen; Bibliographie; Literarische Anzeigen u. s. w.

Leipzig, im April 1848.

H. A. Brockhaus.

## Die Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

mit einem Grundkapital von **Drei Millionen Gulden**, versichert zu äußerst billigen Prämien **Capitalien und lebenslängliche Renten**, welche nach dem Ableben des Contrahenten an seine Erben oder an jede andere von ihm bezeichnete Person bezahlt werden. **Sie stellt auch Policen au porteur aus.**

Ferner schließt sie Versicherungen auf **Capitalien**, welche nach Ablauf von **10, 15, 20 Jahren u. s. w.** zahlbar und an den Versicherten selbst ausgezahlt werden, wenn derselbe nach Ablauf der vorher bestimmten Jahre noch am Leben ist.

Sollte der Versicherte vor dem Ablauf der bestimmten Jahre und sogar im **ersten Jahre** sterben, so hört die fernere Entrichtung der Prämie auf und die Gesellschaft ist nichtsfestweniger verpflichtet, die versicherte Summe, nach Ablauf der bestimmten Jahre, an die Erben oder Rechtsnachfolger des Versicherten zu bezahlen.

Die Gesellschaft constituirt ferner **Leibrenten**, mittels deren Personen, welche durch gewöhnliche Capitalanlage keine ihren Bedürfnissen entsprechende Revenuen erzielen würden, sich unverzüglich eine sichere und zugleich bequeme und angenehme Existenz verschaffen können.

Die auf **Lebenszeit** Versicherten sind an dem Gewinn der Gesellschaft theilhaftig.

Prospectus und Tarife sowie jede andere Auskunft können bei mir und den untenbezeichneten Herren Agenten in Empfang genommen und eingeholt werden, die zur Ertheilung davon gern bereit sind.

Leipzig, im Monat April 1848.

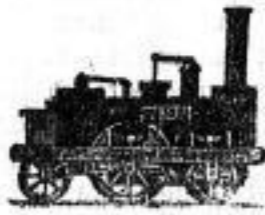
Der Haupt-Agent **Phil. Mainoni**, Poststraße Nr. 14.

**Carl Aue** in Dessau.  
**Rudolph Behm** in Zerbst.  
**G. E. Blumenau** in Chemnitz.  
**Hermann Büchner** in Zittau.  
**E. F. Dalichau** in Nopflau.  
**August Degel** in Schlei.  
**Heinrich Duckwitz** in Dresden.  
**R. A. Gerlach** in Gera.  
**Oscar von Gohren** in Caha.  
**Grossmann-Schmidt** in Lobenstein.

**Julius Helbig** in Altenburg.  
**Eduard Jasper** in Cöthen.  
**Louis Leye** in Greiz.  
**M. L. Meyer Jun.** in Ballenstädt.  
**F. W. Richter** in Ronneburg.  
**L. W. Roth** in Zeulenroda.  
**Friedrich Schadewaldt** in Coswig.  
**Israel Selig** in Dornburg.  
**Richard Zittelbach** in Eisenberg.  
**E. C. Winkler** in Schmöln.

**Christian Weichardt** in Mienburg a. S.

[1203-4]



## Fahr-Ordnung

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn vom 1. October 1847.

**von Ostien** nach **Brünn, Olmütz, Prag, Leipzig, Ostrau, Oberberg** und von letzterer Station in Verbindung mit **Ratibor** um 6 Uhr früh. nach eben diesen Stationen und von **Oberberg** in Verbindung mit **Ratibor, Breslau, Görlitz, Frankfurt a. d. S., Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7 1/2 Uhr Abends.

**Nach Ostien** von **Prag** um 12 Uhr Mittags, 6 Uhr Abends. von **Oberberg** nach Ankunft des Trains von **Ratibor** um 7 Uhr früh; und nach Ankunft des Vereinszuges von **Hamburg** und **Stettin** um 8 Uhr Abends.

Von der Direction der a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.

## Avis très-important. Publicité.

**M. Norbert Estibal**, fermier d'annonces de plusieurs Journaux, a l'honneur d'informer le public, qu'il s'occupe spécialement de faire insérer toute espèce d'annonces, réclames, articles ou comptes rendus dans les Journaux, soit à Paris et dans les départements, soit dans ceux de Londres, de Bruxelles, de Madrid, de Genève et même dans les différentes provinces ou localités de ces royaumes. Le prix des annonces dans les principaux Journaux de ces capitales varie suivant les Journaux et le nombre de fois que l'insertion est répétée.

Les Journaux les plus répandus en Europe sont ceux qui se publient à Paris: le *Siècle*, la *Presse*, les *Débats*, le *Constitutionnel*, le *Charivari*. Certaines feuilles de cette capitale se tirent depuis 30 jusqu'à 38,000 exemplaires tous les jours. Le prix de leurs insertions est de 50—60 cent. et 1 fr. 50 cent. la ligne, suivant que l'insertion est répétée de fois. Les autres Journaux qui n'ont pas ce nombre d'abonnés, coûtent 40 cent. et 10 cent. la ligne de 25 à 28 lettres, si l'annonce est répétée 15 fois dans un mois.

Le prix des insertions dans les provinces de la France, de la Belgique, de la Suisse, etc., est de 25 cent. jusqu'à 40 cent. la ligne de 35 lettres environ.

Les insertions seront traduites gratuitement. Les demandes doivent être adressées franco à **M. Norbert Estibal**, fermier d'annonces, rue Vivienne 53 à Paris, qui donnera tous les renseignements et devis du montant des insertions qui lui seront demandées. Un N<sup>o</sup>. du Journal sera remis à l'appui de chaque insertion.

### Verkauf eines Hôtels ersten Ranges.

**Zu verkaufen** ist das **Hôtel de Saxe** in Leipzig. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Briefe oder persönliche Anfragen

[1200-2]

**Dr. Osterloh** der **Ältere** in Leipzig.

### Apotheke - Verkauf.

Eine privilegierte Apotheke, zwischen Leipzig und Dresden gelegen, beabsichtigt der Besitzer zu verkaufen, und werden die Herren **M. Werner & Co.** in Leipzig die Güte haben, auf mündliche oder auf frankirte schriftliche Anfragen die Adresse näher mitzutheilen.

[1206]

### Lehrergesuch.

Gesucht wird zu Anfang Mai ein Candidat der Theologie als Lehrer für eine Pensionsanstalt in einer größeren Provinzialstadt Sachsens, unter annehmblichen Bedingungen. Mündliche und schriftliche Anfragen sind deshalb zu richten an Herrn Director **Dr. Krause** in Dresden.

[1207]

### Deutsche Nationalcocarden mit Reichsadler

für Communalgarden, sauber und dauerhaft gearbeitet, verkauft à 100 Stück mit 4 1/2 Thlr.

**C. F. C. Müller,**

Metallknopffabrikant und Cocarden-Lieferant mehrerer Communalgarden.

Leipzig, Dresdner-Strasse Nr. 20.

Proben stehen gern zu Diensten. Briefe und Gelder werden franco erbeten. [1208]

### Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 12. April. **Prinz Eugen, der edle Mitter**, Oper in 3 Acten, Musik von G. Schmidt.

Donnerstag, 13. April. **Dorf und Stadt**, Schauspiel in zwei Abtheilungen und 5 Acten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Lindenwirth, Herr Wallner; Korle und Leonore, Fr. Kreisshmar.

### Familien-Nachrichten.

**Verlobt:** Hr. Gustav Crüger in Pritzwalk mit Fr. Mathilde Schuhr. — Hr. Kaufmann Hermann Engelhardt in Berlin mit Fr. Amalie Dolsfuß. — Hr. Kaufmann G. Neuf in Gleichen mit Fr. Antonie Wolff. — Hr. Wilhelm Seemann in Berlin mit Fr. Florentine Herrmann.

**Getraut:** Hr. Sigmund Bihler in Konstanz mit Fr. Elise Dieterich. — Hr. Buchhändler Adolf Enke in Erlangen mit Fr. Cäcilie Böfch aus Nürnberg. — Hr. Kammergerichtsassessor Adolf Keld in Stendal mit Fr. E. Schmidt aus Langenmünde.

**Geboren:** Hr. Hauptmann v. Bänau in Gubertusburg ein Sohn. — Hr. Heinrich Wiltz, Gache in Leipzig eine Tochter. — Hr. Adolf Krynyj in Potsdam ein Sohn. — Hr. Diakonius M. Kunze in Schneeberg ein Sohn. — Hr. Ferdinand Radtke in Berlin ein Sohn. — Hr. G. Siecke in Berlin eine Tochter. — Hr. Gutsbesitzer und Lieutenant B. Benjki in Degehen ein Sohn. — Hr. Pastor Julius Widemann in Roderdorf ein Sohn.

**Gestorben:** Hr. Land- und Stadtgerichtsrath Johann Joachim Friedr. Ackermann in Filsene. — Hr. Oberlieutenant Graf v. Herzberg in Löwenberg. — Frau Geheimrath Krug in Mählenbeck. — Hr. Major v. Radeki-Mikulicz in Erfurt. — Hr. Amtmann Karl Samuel Ringl in Nieder-Heidersdorf. — Frau Karoline Amalie Scheffler in Olbernbau. — Frau Marie Christiane Berner in Dresden.

Donn

Leipzig.  
erschient t  
zu beziehe  
Postämter  
Aus

Deutsche  
männer  
deutsche  
segenwun  
keit der  
die Aba  
Gesandte  
der Bun  
gen. A  
Kassel.  
Sachen in  
furt a.

Preußen.  
tionalver  
gangen  
die Diffi  
Die Waf  
Birnba  
Deisterei  
Die Ligu  
handel u  
Ankündig

Berich  
am Bund  
10. März d  
ner des all  
des engern  
dem Ausfra  
deren Ausf  
desverfassu  
nach diesem  
collegialisch  
vom Bunde  
sung, wels  
30. M  
erst als Be  
Anhalt), A  
sau), v. d.  
Langen (G  
(Württemberg)  
Sigung mi  
tagsgesandt  
Baden und  
legen das  
nenden No  
Bundestag  
Hierdurch i  
gen publicit  
3. Apri  
mann (Pre  
in der Paul  
trauensmänn  
Dizepräsident  
5. Apri  
sen (Postf  
jeden der zu  
ordneter zu  
der Beschra  
die volle E  
stimmung a  
sen. In A  
ausschusses  
stern den W  
allen denjen  
cieller Form  
werden; son